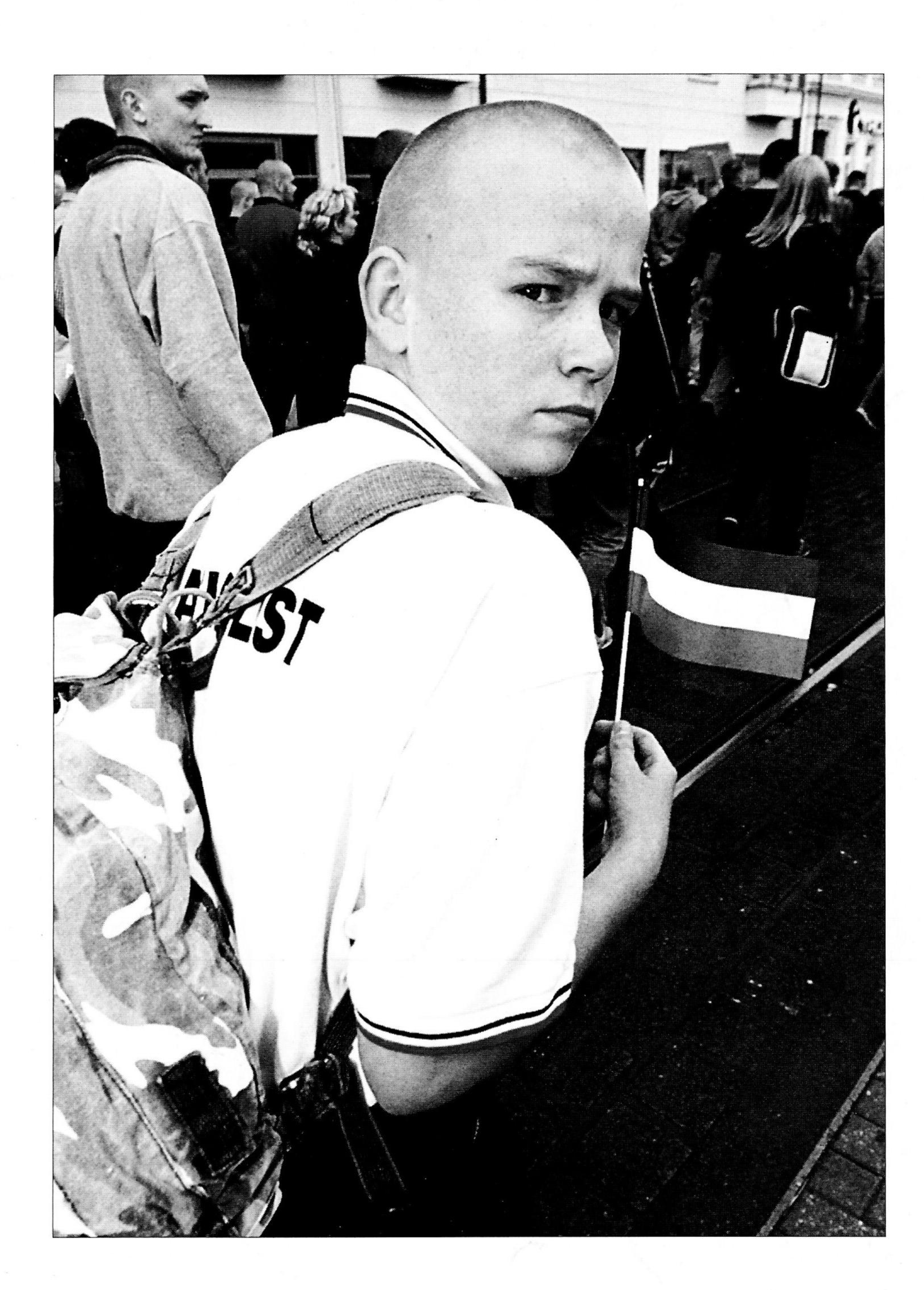
H 8040 F
ISSN 1619-1404
Nummer 80
Jan./Feb. 03
2,00 Euro

DER RECHTE RAND

Worchs letztes Aufgebot?



Informationen von und für AntifaschistInnen

VS alimentiert JN-Funktionär – Strategiestreit in Kameradschaftsszene – „Bewegung deutsche Volksgemeinschaft" – Porträts: Werner Gottwald, Otto Habsburg – Neonazi-Terror – Schönbohm in JF – Gebirgsjäger und NS-Tradition – Geschichte: Machtübergabe an die Nazis – Wahlen in Österreich – Neonaziszene in Schweden – Satanische Faschisten – Hörbuch Ernst von Salomon – Rezensionen – Meldungen

In diesem Heft

Editorial

Kurz vor dem 70. Jahrestag der Machtübergabe an die Nazis warnt der Vorsitzende des „Zentralrats der Juden in Deutschland", Paul Spiegel, angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage in Deutschland, „dass rechtsextreme, antidemokratische Kräfte in dieser Situation Zulauf bekommen" könnten.

Für eine derartige Gefahr sprechen sowohl die antisemitischen Schmierereien und Schändungen von Gedenkstätten, als auch die brutalen Übergriffe von Neonazis auf Asylsuchende und Andersdenkende, die wie in Potzlow bis zum Mord reichen. Getragen von einer Stimmung in der Bevölkerung, die sich gegen Ausländer, Obdachlose und andere Minderheiten richtet, versuchen etablierte Parteien, diese Einstellungen in Wählerstimmen umzumünzen – wohl wissend, dass sie damit die nationalistische, rassistische Ausgrenzungs- und Law-and-order-Mentalität forcieren.

Besonders brisant wird dies angesichts einer sich zunehmend verschlechternden sozialen Situation für große Teile der Bevölkerung und einer weiter voranschreitenden Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben. Die Tatsache, dass immer mehr Familien mit ihren Einkünften unterhalb des Existenzminimums liegen, die wachsenden Zahlen von Sozialhilfeabhängigen und auch Meldungen, dass mittlerweile 600.000 Kinder in Deutschland unter armutsbedingten physischen und psychischen Erkrankungen leiden, sind die Grundlage einer massiven Verunsicherung in der Bevölkerung. Umfragen belegen denn auch, dass das Vertrauen in die Demokratie immer weiter schwindet.

Wenn vor diesem Hintergrund PolitikerInnen reaktionäre Politikinhalte nahe legen, helfen sie - trotz aller wohlklingenden Bekenntnisse gegen den Rechtsextremismus - den Boden für rechtspopulistische und faschistische Politikmodelle zu bereiten. Und auch die Stellungnahmen gegen „rechtsextreme Gewalt" wirken wenig glaubwürdig, wenn gleichzeitig Krieg als (letztes) Mittel der Politik deklariert wird. Der Schwenk von der Ablehnung eines möglichen Krieges gegen den Irak durch die Bundesregierung hin zu seiner jetzt denkbar erscheinenden Befürwortung im UN-Sicherheitsrat macht darüber hinaus die PolitikerInnen nicht glaubwürdiger.

Selbst das von staatlichen Institutionen proklamierte Allheilmittel des Verbots neofaschistischer Parteien wird unterlaufen. Das Agieren von Verfassungsschutzspitzeln in höchsten Funktionen der NPD konterkariert den sog. „Aufstand der Anständigen" und droht im kommenden Jahr das Verbotsverfahren zum Scheitern zu bringen. Die jüngsten Veröffentlichungen über 185 aus der Szene ausgestiegene Neonazis sind vor diesem Hintergrund nur ein Manöver, das die Öffentlichkeit von der Untätigkeit der Innenbehörden ablenken soll. Unser Bericht über das Anwerben eines ausstiegswilligen Neonazis als gutbezahlten VS-Spitzel lässt die Aktivitäten der angeblich für den Schutz der Verfassung zuständigen Behörde in einem eher ungünstigen Licht erscheinen.

Paul Spiegels Warnung vor einer Zunahme antisemitischer, rassistischer und nationalistischer Potentiale sind also nicht von der Hand weisen. Sich bei der Abwehr neofaschistischer Gefahren auf den Staat und insbesondere den Verfassungsschutz zu verlassen, hieße, den Kopf in den Sand zu stecken. Kopf hoch und Augen auf ist für aktive AntifaschistInnen also auch für das neue Jahr angesagt. In diesem Sinne wünscht die Redaktion des Rechten Randes allen Leserinnen und Lesern ein erfolgreiches und hoffnungsvolles Jahr!

Das nächste Heft des Rechtes Randes erscheint Anfang März. Redaktionsschluss ist der 07. Februar 2003.

Fotos in dieser Ausgabe: pev (S. 5), P. Jülich (S. 7, 8 unten, S. 12 (1), 13), Bildarchiv Der Rechte Rand (S. 10 unten, S. 12 (4), Sascha Rheker (S.23 oben)

Termine

1. Februar 2003, 9.30 Uhr: Antifaschistische Sozialkonferenz in Hannover, Haus der Gewerkschaft „ver.di", Hildesheimer Str.17 Infos: 0511 / 1210511

Verblassende Hilfe

Opfer von Mölln kämpfen um Unterstützung

Die Farben auf der Gedenktafel für die Opfer des Möllner Brandanschlags verblassen. „Die Erinnerung an die Brandnacht", betont Bürgermeister Wolfgang Engelmann, „ist aber lebendig geblieben".

von Andreas Speit

Über 500 Menschen kamen am 23. November letzten Jahres zu der von der Stadt ausgerichteten Gedenkveranstaltung. Seit Tagen bemühten sich Organisationen anläßlich des zehnten Jahrestags des Anschlags mit einem breiten Programm „auf die Gefahr der Intoleranz" aufmerksam zu machen. „Die Möllner gehen aber recht unterschiedlich mit dem Terrortrauma um", hebt Engelmann hervor. „Einige wollen nichts mehr wissen".

Diese Entscheidung versteht Faruk Arslan nicht. Das Entsetzen über die Geschehnisse ist für den 38-jährigen allgegenwärtig: „Es vergeht kein Tag an dem ich nicht an meine Mutter, Tochter und Nichte denke." Jede Nacht kommt die Erinnerung an den Anschlag auf das Haus in der Mühlenstraße 9 wieder, dem die 51-jährige Bahide Arslan und ihre 10- und 14-jährigen Enkelinnen zum Opfer fielen.

Gegen 1:00 Uhr warfen die Neonazis Michael Peters und Lars Christiansen Molotow-Cocktails auf das von türkischen Staatsangehörigen bewohnte Haus. Nachdem sie feststellten, dass die Flammen den Eingang erfassten, riefen sie die Feuerwehr an: „In der Mühlstraße brennt es! Heil Hitler". Nur mit einem Sprung aus dem Fenster konnten sich mehrere Bewohner verletzt in Sicherheit bringen. „Dreieinhalb Stunden später fand die Feuerwehr meinen Sohn Ibrahim. Er war völlig verrußt und gänzlich vom Löschwasser unterkühlt", berichtet Arslan.

Eine halbe Stunde zuvor hatten Peters und Christiansen bereits ein anderes von türkischen Staatsangehörigen bewohntes Haus in Brand gesetzt. Die Bewohner konnten sich aber retten und erlitten „nur" Verletzungen.

Erstmals nach 1989 waren Menschen in Deutschland durch einen neonazistischen Brandanschlag getötet worden. „Mölln wurde zu einem Symbol rassistischer Gewalt", weiß Engelmann. Die öffentliche Resonanz hätte allerdings Zeichen gegen den „Hass" gesetzt. Unzählige Beileidsbekundungen von Politikern und spontane Hilfsangebote der Bevölkerung aus dem gesamten Bundesgebiet folgten.

Verbittert erinnert sich Arslan an jene Wochen: „Die Politiker haben nichts gehalten und die Polizisten suchten bei den Türken nach den Tätern. Die sorgten sich vor allem um das Ansehen Deutschlands". Erst als am 17. Mai 1993 vor dem Oberlandesgericht in Schleswig die Verhandlung gegen Peters und Christiansen „wegen Mordes" eröffnet wurde, sagt Arslan, verschwanden Berichte über Tatmotive aus der Familie.

Nach 47 Verhandlungstagen verurteilte das Gericht den 25-jährigen Peters nach Erwachsenenrecht zu lebenslanger Haft und den 19-jährigen Christiansen nach Jugendstrafrecht zu zehn Jahren Gefängnis. „Sie handelten aus purer rechtsradikaler Gesinnung", begründete Richter Hermann Ehrich die Höchststrafen. Beim Verhör hatte Christiansen den Anschlag noch als „eine gelungene Aktion" dargestellt.

Mit anderen Anschlägen waren sie nicht „zufrieden". Zusammen mit der regionalen Naziskinheadgruppe aus Hamburg, Lübeck und Wittenberg hatten die Beiden schon am 6. und 12. September 1992 Brandanschläge auf Flüchtlingsheime in Gudow und Kollow verübt. Die Angriffe auf die Flüchtlingsunterkunft in Rostock knapp einen Monat zuvor bezeichneten sie, laut Ehrich, als „eine nachahmenswerte erfolgreiche Aktion". Am 6. September wollte die Gruppe eigentlich in Pritzer zuschlagen. Dort erwartete sie jedoch die Polizei, die ihren Angriff abwehren konnte. Die Nazis wichen nach Gudow aus, wo sie ihre Brandsätze ungestört werfen konnten.

Im Juni 2000 wurde Christiansen aus der Haft entlassen, in der er eine psychologische Behandlung bekam.

Seit dem Anschlag finden in Mölln alljährlich Gedenkveranstaltungen statt. „1996 richtete die Stadt eine Begegnungsstätte ein und 1999 enthüllten wir eine Gedenktafel an dem Brandhaus", erzählt Engelmann. „Das persönliche Leid kann natürlich nicht geheilt werden".

Den Betroffenen, so Arslan, hätte aber mit direkter Unterstützung konkreter geholfen werden können - „wir stehen heute finanziell schlechter dar als vor dem Anschlag". Außerdem leide seine Frau noch immer an ihren Verletzungen und er selbst sei psychisch stark in Mitleidenschaft gezogen. Nicht nur wegen der wiederkehrenden Erinnerungen, sondern auch wegen der alltäglichen Kämpfe um die notwendige Unterstützung. Immer wieder muss die Familie, die seit zwei Jahren in Hamburg lebt, um Unterstützung streiten. Die Krankenkasse weigert sich, die Kosten für eine psychologische Betreuung des Sohnes zu übernehmen, obwohl er wegen des Anschlags unter Schlafstörungen leidet. Erst nachdem ihr Rechtsbeistand sich beim Sozialamt Hamburg-Mitte eingeschaltet hatte, wurden die zustehenden Hilfsleitungen bewilligt. Monatelang forderten die Sachbearbeiter Arslan auf, schon vorgelegte Unterlagen erneut vorzulegen. „Der Terror geht jetzt erst los", soll ein Sachbearbeiter gedroht haben. Bis heute, so der Rechtsbeistand, streitet die Familie auch um eine Opferentschädigung.

Ende eines Mythos

VS förderte JN-Funktionär – eine Reportage

Die beiden Journalisten Jörg Fischer und Peter Viola haben in Form investigativen Journalismuses den Verfassungsschutz fast dreieinhalb Jahre lang von innen beobachtet und geprüft - ihr für den VS blamierendes Resultat: Was bei dieser Behörde herauskommt, ist eine Alimentierung der neonazistischen Szene und eine fortgesetzte Sabotage des NPD-Verbotsverfahrens.

von Jörg Fischer

Allein die Vorgeschichte zu diesem Projekt ist für den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz in zweierlei Hinsicht peinlich: Zum Einen, weil er – wie andere VS-Ämter auch, zum wiederholten Male gegen seine eigenen Richtlinien und ein entsprechendes Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) verstößt, indem er führende Funktionäre von zu observierenden Organisationen als so genannte V-Männer führt oder zumindest versucht, als V-Männer zu gewinnen, und zum Anderen, weil er offensichtlich bei Personen, die sich mit der Bitte um Hilfe beim Ausstieg aus neonazistischen Organisationen an ihn wenden, am Ausstieg zu hindern versucht und als „V-Männer" anwerben möchte.

Peter Viola aus dem westfälischen Hamm war überzeugter Aktivist und Vorsitzender des „Regionalverbandes Ruhr" der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" (JN), als er 1997 von Mitarbeitern des Düsseldorfer Innenministeriums angesprochen wurde, ob er denn nicht mit dem Verfassungsschutz als so genannter „V-Mann" zusammenarbeiten wolle – gegen Bares natürlich. Viola lehnte das Ansinnen der „Schlapphüte" brüskiert ab – damals war er noch zu überzeugt von der Ideologie der Neonazis und wollte auf keinen Fall seine „Kameraden" bespitzeln.

Über ein Jahr später hatte sich die Situation dahingehend geändert, dass Viola sich innerlich soweit von der rechtsextremen Szene distanziert hatte, dass er aus dieser aussteigen, sie also verlassen wollte. Er wandte sich 1998 an das Landesamt für Verfassungsschutz in Düsseldorf mit der Bitte, ihm beim Ausstieg aus dem braunen Milieu zu helfen. Er bekam aber keine Hilfe – und wäre sie nur in Form von Beratung gewesen. Im Gegenteil. Zunächst wurde er hingehalten – man erwarte von ihm „Gegenleistungen", wenn er Hilfe bekommen wolle, wurde ihm von den staatlich besoldeten Geheimdienstlern mitgeteilt. Sehr schnell wurden die Beamten noch deutlicher: Von seinem gewünschten Ausstieg aus der Nazi-Szene halte man sehr wenig bis gar nichts – er solle nicht aussteigen, sondern in der Szene weiterhin aktiv mitarbeiten und zugleich nun doch als „V-Mann" für den Verfassungsschutz tätig werden. Peter Viola ging auf das Ansinnen seiner amtlichen Gesprächspartner ein. Diese waren von ihrem vermeintlich erfolgreichen Anwerbeversuchs eines Kaders der NPD-Jugend höchst begeistert. Was sie allerdings nicht wussten: Bereits vor dem „unmoralischen Angebot" wandte sich Viola an mich. Auf mich war er gekommen, da ich selber neun Jahre lang aktiv in der neonazistischen Szene war – von 1982 bis 1991. Nach der ersten Kontaktaufnahme und Telefongesprächen trafen wir uns zu einem ersten persönlichen Gespräch. Dabei ging es natürlich zunächst um ein gegenseitiges Kennen lernen, für mich selber auch um die Frage der Motivation von Violas Ausstiegswunsch und den Möglichkeiten einer konkreten Hilfestellung meinerseits bei diesem Wunsch.

Der Anwerbeversuch des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes weckte bei mir aber auch ein ganz besonderes Interesse, mit dem ich bei meinem Gesprächspartner auf Gegeninteresse stieß. Immer wieder gab und gibt es berechtigte Kritik an den Arbeitsweisen der VS-Behörden – von der Frage, ob eine Demokratie so etwas wie einen „Inlandgeheimdienst" braucht, bis hin zu der Frage, inwieweit der Verfassungsschutz nicht eher das Gegenteil von dem bewirkt und praktiziert, was er eigentlich offiziell soll. Bislang kam diese Kritik jedoch eher von außen, zumeist erst nachdem Skandale und Fehlverhalten – bis hin zu Gesetzesverstößen – dieser Dienste bekannt wurden.

Nach einigen persönlichen Gesprächen kamen wir zu der Entscheidung, ein bis dahin nicht versuchtes Projekt in die Tat umzusetzen. Viola sollte zum Schein auf das Angebot des Verfassungsschutzes eingehen und von sich aus Kontakt zu dieser Dienststelle suchen. Die Frage war, inwieweit wir durch eine solche Aktion dem Verfassungsschutz nachweisen können, dass er nicht nur die eigenen Richtlinien verletzt, höchstrichterliche Urteile missachtet und die neonazistische Szene finanziell und logistisch alimentiert – sondern auch seinem eigenen Anspruch, ein professioneller Nachrichtendienst zu sein, eben nicht entspricht.

Um es vorweg zu nehmen: Es ist gelungen! Und erst durch unsere Veröffentlichung erfuhr dieser „Geheimdienst" überhaupt, was mit ihm 41 Monate lang gemacht wurde.

In dieser Zeit wurde wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass Viola zum stellvertretenden nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden der NPD-Jugendorganisation gewählt wurde, obwohl dies ein klarer Verstoß gegen die Richtlinien ist, da ein stellvertretender Landesvorsitzender steuernde Einflussnahme auf die betreffende Organisation nimmt. Bei unregelmäßigen Treffen an nur schwer überwachbaren Orten und über codierte Kommunikationen sprachen wir das Vorgehen und den Umgang mit den amtlichen Mitarbeitern - sozusagen den „Führungsoffizieren" des V-Manns „Taste", so Violas Deckname - ab. In der Zeit seiner Tätigkeit erhielt er bis zu 2.500 Mark Honorar – monatlich und bar auf die Hand. Daneben wurde ein Faxgerät spendiert, Telefonkosten erstattet und selbst Mitgliedsbeiträge und Spenden an diverse neonazistische Organisationen wurden als „Spesen" ebenfalls rückvergütet. Weder die vermeintlichen „Spesen" mussten belegt werden, noch der Wahrheitsgehalt der „Informationen". Tatsächlich grenzten diese von Viola gelieferte „Informationen" – bis auf ganz wenige Ausnahmen - an Lächerlichkeit. Sie kamen aus öffentlichen und allgemein zugänglichen Quellen und waren nicht selten aus antifaschistischen Publikationen schlicht und ergreifend nur abgeschrieben worden – so etwa Berichte über Ablauf und Teilnehmer neonazistischer Demonstrationen. Gegengeprüft wurden diese „Berichte" wahrscheinlich nie. Nachfragen gab es kaum. Alles, was geliefert wurde, wurde bereitwillig und gläubig entgegengenommen - und honoriert. Den vermeintlichen „Experten" dieser Behörde ist nie etwas aufgefallen.

An diesem Fall wird darüber hinaus auch deutlich, dass der Verfassungsschutz fortgesetzt die neonazistische Szene nicht nur alimentiert - dies ist auch durch zahlreiche andere Skandale belegbar, durch die bekannt wurde, dass so genannte V-Männer nicht selten mit Wissen etwa der NPD-Führung für den VS arbeiteten, wertlose Informationen lieferten und die Honorare und die logistischen

Hilfsmittel in den Dienst der neonazistischen Szene stellten (was, um kein Missverständnis aufkommen zulassen, in diesem konkreten Fall natürlich nicht passierte). Bei seinem Eintritt in die neu gegründete neonazistische „Sammlungsbewegung" namens „Deutsche Aufbauorganisation" (DAO) wurde „Taste" von seinem Kontaktbeamten im Auftrag der Behörde ganz konkret angewiesen, zum „Einstieg" sozusagen eine namhafte Spende zu leisten. Selbstredend wurde diese Spende als „Spesen" ersetzt – und musste, wie alles andere auch, in keiner Weise belegt werden. Auch das beim Bundesverfassungsgericht anhängige Verbotsverfahren gegen die NPD wird regelrecht sabotiert. Schon die Unterbrechung des Verbotsverfahrens war die Folge der Aktivitäten des VS – mehrere Anhörungspersonen im Verbotsverfahren wurden als inoffizielle Mitarbeiter enttarnt, zahlreiches Belastungsmaterial musste zurückgezogen werden, da es von „V-Leuten" stammte und daher juristisch in diesem Verfahren nicht verwendbar ist. Nach den ganzen Affären schwor man seitens des Innenministeriums Stein und Bein, das nunmehr vorliegende Belastungsmaterial im Verbotsverfahren wäre sauber, V-Leute würden keine Rolle mehr spielen. Die Wahrheit sieht anders aus: Die Zeitung „Der Ruhrstümer" findet sich im vorgelegten Belastungsmaterial vertreten. Presserechtlich Verantwortlicher der NS-Postille war Peter Viola, korrekturgelesen und – für die JN kostenfrei – gedruckt wurde sie bei Udo Holtmann. Holtmann war nordrhein-westfälischer NPD-Landesvorsitzender, stellvertretender Parteivorsitzender – und ebenfalls ein „V-Mann" des Verfassungsschutzes. Sollte das Bundesverfassungsgericht die NPD nicht verbieten, liegt das nicht daran, dass diese Partei nicht neonazistisch und von daher verbotswürdig wäre, es läge auch nicht an den „Leistungen" ihrer Verteidigung – ein solches Urteil wäre die Folge der Tätigkeiten eben jener Behörde, die offiziell zum Schutz der Demokratie gedacht sein soll.



Peter Viola (4. v. r.) mit seinen ehemaligen „Kameraden" vor dem NPD-Schulungszentrum „Kalte Zeit" bei Sulingen/Niedersachsen (darunter Achim Ezer (5. v.r.), Inge Nottelmann (6. v.r.)).

Im April 2002 war für uns der Zeitpunkt endgültig gekommen, das Projekt zu beenden. Es war uns im Lauf der Zeit zwar deutlich geworden: Will man ein umfangreiches und aussagekräftiges Rechercheergebnis, so kann dies nicht innerhalb weniger Tage oder Wochen erbracht werden. Das Projekt musste also über einen längeren Zeitraum stattfinden. Nach 41 Monaten war aber das Ende erreicht, wir hatten genügend Rechercheergebnisse zusammengetragen und es war für Peter Viola zunehmend unerträglich geworden, weiterhin in der rechten Szene zu sein und den „V-Mann" zu mimen. Der VS war mehr als unerfreut über das Ende der Zusammenarbeit, aber alle Überredungsversuche doch weiterzumachen schlugen selbstverständlich fehl.

Wir haben in dieser Zeit Einblicke in die Arbeitsmethoden des Verfassungsschutzes gewonnen, die bisher selbst langjährigen Beobachtern des VS nur ansatzweise - wenn überhaupt - bekannt geworden sind. Und es ist gelungen, den Mythos zu widerlegen, der Verfassungsschutz hätte etwas mit Seriosität oder Professionalität zu tun.

Im Frühjahr 2003 erscheint: Jörg Fischer/Peter Viola: Kamerad V-Mann – Die braunen Seiten des Verfassungsschutzes, ca. 200 Seiten, zahlreiche Dokumente.

Weitere Informationen auch über: www.joergfischer-online.de.

Haftstrafe für Nazi-Musikproduzent

Der Produzent von Nazi-CDs Adrian Preißinger ist vom Landgericht Dresden zu drei Jahren Haft wegen Volksverhetzung verurteilt worden. Als Inhaber der „Agentur für Kommunikation" (AFK) in der Slowakischen Republik hatte er in der Vergangenheit eng mit den Nazi-Rock-Produzenten und V-Leuten des Verfassungsschutzes Toni Stadler und Mirko Hesse zusammen gearbeitet. Preißinger ließ hauptsächlich in Italien CDs für „Funny Sounds & Vision" (Langenfeld), „Sonnentanz" und „Movement Records" (Chemnitz) und „H. A. Records" (Langburkersdorf) pressen. Auch an der Produktion der CD „Noten des Hasses" der „White Aryan Rebels" (W.A.R.) war Preißinger beteiligt. Auf dieser wurden übelste Hassparolen u.a. gegen „Blutsauger im Rabbinergewand" verbreitet.

Laut Presseberichten liegt dem Urteil gegen Preißinger die Vereinbarung zwischen Verteidigung, Anklage und Kammer zugrunde, dass Preißinger alles gesteht und damit einverstanden ist, dass alle „Zeugnisse" seines Treibens sowie eine beschlagnahmte Summe von ca. 25.000 Euro einbehalten wird. Dafür erhielt Preißinger drei Jahre Haft statt der bei diesen Straftaten üblichen fünf bis sechs Jahre.

Aussteiger Lemmer?

Ca. 50.000 Euro netto monatlich will der ehemalige rechtsextreme Musikproduzent und CD-Rechtsrockhändler Torsten Lemmer (Düsseldorf) mit seinen Geschäften verdient haben. Nun seien es nur noch 2.500 Euro, die er nach seinem Szeneausstieg mit Sonnenstudios verdiene – so Lemmer im November letzten Jahres auf einer Podiumsdiskussion im Hildesheimer Stadttheater. Weiter erzählte Lemmer, dass er seit zwei Monaten mit einer Marrokanerin verheiratet sei. Noch im letzten Jahr hatte der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz an Lemmers Ausstiegsabsicht „ernsthafte Zweifel" erhoben.

Türkische Metzgerei besudelt

Eine türkische Metzgerei in Neuhof (Kreis Fulda) ist Anfang Dezember letzten Jahres von Einbrechern mit einem Hakenkreuz und der Parole „Raus" beschmiert worden. Außerdem wurden die Wasserhähne des Geschäfts geöffnet, wodurch ein hoher Sachschaden entstand. Möglicherweise muss das Haus sogar abgerissen werden. Bereits Anfang März letzten Jahres war das Schaufenster des Geschäfts mit SS-Runen und einem Hakenkreuz besprüht worden. Im Januar waren von einer Anwohnerinitiative Unterschriften gegen den Betrieb gesammelt worden. Diese behauptete, zu viel Lärm und Gestank zu befürchten.

Kein Dank des VS

Werner Gottwald alias Reiser, ehemaliger Mitarbeiter des niedersächsischen Verfassungsschutzes, starb 76-jährig am 29. September diesen Jahres in Oldenburg.

von Raimund Hethey

Anfang der 1970er Jahre war er V-Mann des Verfassungsschutzes in der Neonazi-Szene und maßgeblich am Aufbau einer NSDAP-Nachfolgestruktur beteiligt. Außerdem vermittelte er mit Wissen staatlicher Behörden Waffengeschäfte. So soll er Faustfeuerwaffen, Maschinenpistolen, Handgranaten und Plastiksprengstoff im Wert von damals einer halben Million Mark geordert haben. Hauptamtlich war Gottwald in der Registraturabteilung des Bauordnungsamtes Oldenburg beschäftigt, nebenbei war er ordentliches Mitglied in der Gewerkschaft und im Gesamtpersonalrat der ÖTV. Als sein Name im Bundestagswahlkampf 1980 auf Platz 12 der NPD-Landesliste auftauchte, schlugen Gewerkschafter Alarm.

Karriere eines V-Manns

Der am 16. April 1926 im damaligen Breslau geborene Werner Gottwald war bis 1967 als Kaufmann tätig. Am 30. November 1967 wurde er vom Landgericht Oldenburg wegen Betrugs („Interfinanz-Affäre") in 17 Fällen zu dreieinhalb Jahren Gefängnis und vier Jahren Berufsverbot verurteilt. Nach seiner Haftentlassung arbeitet er zunächst bei der „Ammerländischen Viehverwertung" in Bad Zwischenahn. Später findet er eine Anstellung beim Bauordnungsamt in Oldenburg in der Registratur. In dieser Zeit muss er den Kontakt zum niedersächsischen Verfassungsschutz bekommen haben. Im Januar 1973 wird er Mitglied der „Nationalen Deutschen Freiheitsbewegung" (NDFB), zu deren Protokollführer er schnell aufsteigt. Ein Jahr später erhält er Kontakt zu Thies Christophersen, dem Auschwitz-Leugner und Herausgeber der „Bauernschaft". Am 25. August 1973 lernt er spanische Faschisten der Cedade/ „Circulo Espanol de Amigos de Europa" kennen. 1974 tritt er der NPD bei und pflegt gute Beziehungen zu Roland Wehl (zunächst JN, dann „nationalrevolutionäre Basisgruppen", Zeitschrift „wir selbst" und Mitglied der GAL Berlin). Zwei Jahre später nimmt Gottwald Verbindung zu Gary Laucks NSDAP/AO auf. In einem Schreiben bietet er seine Mitarbeit beim Vertrieb von NSDAP-Material an. Im Mai 1975 erhält Gottwald die Schlüsselgewalt über die Oldenburger NPD-Geschäftsstelle. Anfang 1976 lernt er in Bocholt Wilhelm Wübbels kennen, ab Oktober 1976 arbeitet er dann bei dessen NSDAP-Zelle mit. Im selben Jahr trifft er auch den Nazi-Terroristen Manfred Roeder. Wübbels bietet Gottwald im Januar 1977 den Posten eines Schriftleiters an. Als sich am 29. Januar 1977 in Detmold der NSDAP-Führerkreis neu konstituiert, ist Werner Gottwald mit von der Partie - er wird Rechnungsführer. Bis 1977 war Gottwald noch CDU-Mitglied und im Frühjahr 1978 kandidierte er für den Gesamtpersonalrat auf der ÖTV-Liste. Den GewerkschafterInnen fällt seine NPD-Mitgliedschaft aufgrund einer Veröffentlichung der „Nordwest-zeitung" vom 2. Oktober 1980 auf.

Wenige Jahre später kursieren die so genannten „Gottwald-Papiere" auch in antifaschistischen Kreisen. Der Inhalt: penible Aufzeichnungen und Abrechnungen des Agenten „Reiser" mit den Behörden des VS. Heute muss man lächeln, wenn man sieht, dass Gottwald noch jede Kleinigkeit, die er für den VS absonderte, bis auf den Pfennig abrechnete. V-Männer von heute werden großzügiger bedacht. Eines werden sie mit Gottwald gemeinsam haben: An ihrem Grab wird kein staatlicher Vertreter stehen.

Statt Karten

Wenn Du an mich denkst,
erinnere Dich an die Stunde,
in welcher Du mich am liebsten hattest.

Rainer Maria Rilke

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von meinem lieben Mann, Vater, Schwiegervater und Großvater

Werner Gottwald

★ 16. April 1926 † 29. September 2002

Potsdam führt Statistik an

Die Brandenburgische Landeshauptstadt Potsdam führt im Vergleich mit allen Kreisen und kreisfreien Städten im Land Brandenburg die von der Organisation „Opferperspektive" vorgelegte Statistik rechter Gewalttaten für 2002 an. 13 Mal kam es in der 128.000-EinwohnerInnen-Stadt, in der 4583 AusländerInnen leben, im vergangenen Jahr zu rechtsextrem motivierten Gewalttaten. Auf Vollständigkeit erhebt „Opferperspektive" bei den Berechnungen keinen Anspruch. Die Dunkelziffer sei vermutlich bis zu zwei Drittel höher. Und zu Verurteilungen komme es nur ganz selten. So habe es nur nach einem Überfall im Mai in Potsdam, als ein 57-jähriger Klempner einem Afrikaner am Hauptbahnhof unvermittelt ins Gesicht schlug, einen Prozess gegeben.
Die TäterInnen seien meist zwischen 20 und 30 Jahren alt. Die Überfälle ereigneten sich zu 50 Prozent in Bahnen und Bussen oder an Haltestellen.

„Patrioten-Treff" dicht

Der seit fünf Jahren von der Familie Zutt in Ehringshausen betriebene Szene-Laden „Zutts Patrioten-Treff" muss Anfang 2003 schließen, weil die Verkehrsbehörde Dillenburg das Grundstück verkauft hat. Die Inhaberin des Ladens, Doris Zutt (47), ist Mitglied im NPD-Bundesvorstand und betreibt einen weiteren Laden für CDs und andere Devotionalien in Waren/Müritz.
1997 hatte die NPD bei den Kommunalwahlen in Ehringhausen 22,9 Prozent und als drittstärkste Partei nach SPD und Freien Wählern zwei Sitze im Gemeindevorstand erhalten.

NPD und Islamisten

Bei einer Veranstaltung zum „drohenden Irakkrieg" in der Mensa der Technischen Universität (TU) Berlin Ende Oktober letzten Jahres, waren auch NPD-Chef Udo Voigt und Horst Mahler anwesend. Veranstalter war die radikale islamistische Organisation Hizb ut-Tahrir („Islamische Befreiungspartei"). Die anwesenden 300 Menschen empfingen Mahler und Voigt mit Applaus. Während der Diskussion wurde „zum Heiligen Krieg gegen Israel" aufgerufen. Voigt äußerte später: „Zu meiner Überraschung waren unsere Ansichten fast deckungsgleich." Kontakte zu Gruppen wie der Hizb ut-Tahrir wolle die NPD ausbauen.
Die Hizb ut-Tahrir wurde 1953 in Ost-Jerusalem gegründet, hat gerade an Hochschulen starken Zulauf und propagiert die Scharia. Die USA und Israel gelten ihr als Feindbilder.
Nun steht die TU wegen der Raumvermietung in der Kritik.

Sprechstunde für Gewalttäter?

Ein „Kameradschaftsabend" mit Horst Mahler wurde während des NPD-Aufmarsches in Weimar angekündigt. Doch der Ort des Treffens in dem nahe gelegenen Jena konnte nur am Lautsprecherwagen erfragt werden. Über 150 Neonazis waren am 9. November letzten Jahres zu der „Kulturstadt" in Thüringen gekommen - weit weniger als erwartet - um der „unvergessenen" Helden zu gedenken, die im „Freiheitskampf für Volk und Vaterland beim Marsch zur Feldherrenhalle" starben.

von Janine Clausen



„Nationales Jugendzentrum" in Jena-Lobeda, links André Kapke und rechts Ralf Wohlleben

In letzter Instanz war der von der NPD vorbereitete Aufmarsch genehmigt worden. Dass die Nazis am Tag der Reichspogromnacht wenige Kilometer vom ehemaligen KZ Buchenwald entfernt aufmarschieren wollten, war für die Richter kein Verbotsgrund. An die 1.500 Menschen folgten aber einem Aufruf des Bündnisses "BürgerInnen gegen Rechtsextremismus" und stellten sich den Nazis in den Weg.

Nach dem Aufmarsch konnten die Neonazis des „Nationalen Widerstands Jena" (NWJ) nicht mit Mahler ungestört „bei Kaffee und Kuchen" die Aktion auswerten und über „tagespolitische Themen" reden. Denn der nicht öffentlich angegebene Treffpunkt in Jena war seit längerem bekannt. Seit Oktober diesen Jahres betreiben der NPD-Kreisvorsitzende Ralf Wohlleben und der NWJ-Aktivist André Kapke die ehemalige Gaststätte „Zum Löwen". Für das Gebäude in der Jenaischen Straße soll ein Pachtkaufvertrag vorliegen: Monatliche Miete 1.000 Euro, inklusive noch bestehenden Schankrechts und Vorverkaufsvereinbarung. Nach der Ablehnung eines „rechten Jugendtreffs", wie Nazikader ihn forderten, durch den Stadtrat wollen diese jetzt mit dem Privatkauf nach eigenem Bekunden „ein nationales Jugendzentrum" im Jenaer Stadtteil Altlobeda errichten. Ein weiteres Haus hat der „Republikaner" Wilhelm Tell nahe dem Stadtzentrum in der Schleidenstraße erworben.

Als am Abend des 9. Novembers etwa 20 Menschen vor dem Gebäude in der Jenaischen Straße demonstrierten, stürmten ca. 15 Nazis aus dem Haus und griffen sie mit schlagstockähnlichen Gegenständen an. Zwei Demonstranten wurden verletzt. Erst das Eintreffen der Polizei setzte dem Spuk ein Ende. Im Internet behauptet der NWJ und dessen Schülerzeitungsprojekt „Mitteldeutsches Sprachrohr" nun, dass der Angriff nur dem „Schutz privaten Eigentums" gedient habe.

Wegen des Übergriffs gab der „Runde Tisch für Demokratie", dem unter dem Oberbürgermeistervorsitz u.a. Polizei und Kirchen angehören, seiner „Sorge" Ausdruck. Doch da er nicht handelte, lud das „Jenaer Aktionsbündnis gegen Rechts" (AgR), die Initiative „Solidarische Gesellschaft" und der „Ortschaftsrat der evangelischen Kirche" zu einer Bürgerversammlung ein, um über die Nazistrukturen zu informieren. Mit dem Verweis auf Carlo Schmidts „man müsse den Mut zur Intoleranz denjenigen gegenüber haben, die die Demokratie umdrehen wollen", verweigerte Pfarrer Gotthard Lemke als Hausherr den Jenaer Kameraden den Eintritt.

Per Flugblatt beschweren sich die Nazis scheinheilig: „Wir wollten die Bürgerversammlung auch nutzen, mit Ihnen das Gespräch zu suchen". Nun bitten sie: „Sprechen Sie uns an, so oft sie uns treffen!"

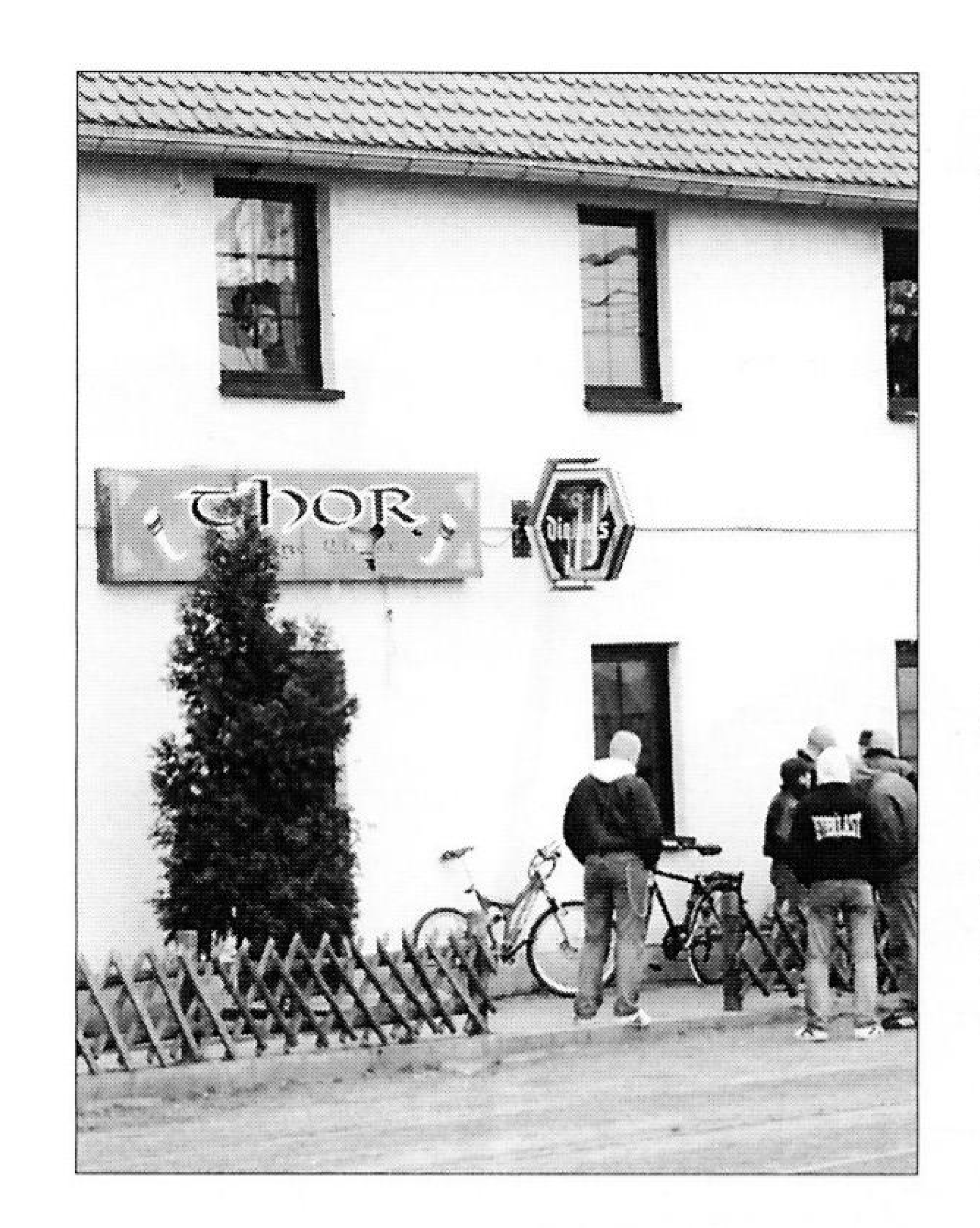
Die AgR hat jetzt eine Demonstration zu den Häusern für den 1. Februar 2003 angemeldet.

Informationen unter: www.jg-stadtmitte.de

Lehrer in U-Haft

Seit dem 12. 11. 2002 sitzt der 36-jährige Musiklehrer Guido S. aus Wismar in Untersuchungshaft. Dem aus Krefeld stammenden Lehrer wird vorgeworfen, Beihilfe zu versuchtem Mord und Brandstiftung geleistet zu haben. Die Schweriner Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, zwei 18-Jährigen, die er bei einem NPD-Treffen kennen gelernt haben soll, Benzin besorgt zu haben, damit sie in einem Asia-Grill im Erdgeschoss eines Wismarer Wohnhauses Feuer legen. Die Jugendlichen wurden, nachdem sie eine Fensterscheibe eingeschlagen und das Benzin ausgegossen hatten, festgenommen, bevor sie das Benzin entzünden konnten. Sie sitzen ebenfalls in U-Haft. Bei einer Hausdurchsuchung fand die Polizei ein Hitler-Porträt, eine Hakenkreuzfahne, faschistische Propagandamaterialien und Fotos, auf denen der Lehrer den Hitlergruß zeigte.

Presseberichten zufolge ist Guido S. bereits früher als Aktivist der DVU in Krefeld aufgefallen und soll schon seit längerem im „Nachrichtendienstlichen Erkennungssystem" (NADIS) des Verfassungsschutzes geführt worden sein.



Germanentreff

Neonazi-Kneipe in Dresden

In Dresden existiert wieder eine Neonazi-Kneipe. Eine Kampagne bemüht sich, mit kreativen Mitteln gegen das Neonazizentrum in Dresden-Übigau vorzugehen.

von Peter Conrady

Aus Sicht der AntifaschistInnen ist das „Thor" durchaus mit dem seit Jahren bekannten Neonazizentrum „Club 88" in Neumünster vergleichbar. Denn schnell entwickelte es sich zum wichtigsten infrastrukturellen Faktor der Szene weit über Dresden hinaus. Ende Mai letzten Jahres eröffneten Dresdner Neonazis ihren neuen Anlaufpunkt mit einer Party, an der Neonazis aus mehreren Bundesländern teilnahmen. Seither fanden regelmäßig auch größere Veranstaltungen dort statt. Gleichzeitig dient der Klub als Ausgangspunkt von Gewalttaten. So wurde aus dem „Thor" heraus ein Autofahrer angegriffen, weil er an der Scheibe eine Israelfahne angebracht hatte. Unter den Angreifern befanden sich auch führende Dresdner Neonazis und ein Mieter des „Thor". Im November letzten Jahres sammelten sich dort etwa 20 Neonazis, um eine Infoveranstaltung gegen Rechts in der Dresdner Neustadt zu verhindern. Unter Führung von Ronny Thomas bedrohten sie die Veranstalter und TeilnehmerInnen. Der Anführer des „Selbstschutz Sachsen-Anhalt", Mirko Appelt, versucht vom „Thor" ausgehend, das Konzept des „Selbstschutzes" nach Sachsen auszuweiten. Zwei Mieter des „Thor" sind seit Jahren als Neonazis in Dresden bekannt. Der örtliche NPD-Vorsitzende Sven Hagendorf, ist Intimus von Ronny Thomas und Anti-Antifa-Aktivist. Die zweite, Katja Hartmann ist die Lebensgefährtin von Ronny Thomas und selbst aktiv bei den „Freien Kräften Dresden".



Neonazis marschieren für das „Thor" und „nationale Jugendarbeit"

Seit Oktober nun organisierte sich ein breites Bündnis in der Kampagne „Thor muss weg!". Ziel ist es, den Plan der Dresdner Neonazis, im „Thor" einen ungestörten Treff- und Rückzugsraum zu haben, nicht aufgehen zu lassen. Mit verschiedenen kreativen Mitteln wird seither öffentlich thematisiert und für eine Schließung geworben. So gab es eine Postkartenaktion und Anfang Dezember ein „Torwandschiessen" mit antifaschistischem Fußballturnier in unmittelbarer Nähe zum „Thor". Für Sachsen fast schon selbstverständlich, gab es seitens des Verfassungsschutzes auch den Versuch, die Kampagne zu kriminalisieren. Dessen ungeachtet ist ein Erfolg dieser zu verzeichnen. Drei Tage nach dem Torwandschießen kündigte der Vermieter den Vertrag fristlos zum Jahresende 2002. Er könne sich nicht „hinter rechtsextremistische Interessen stellen". Eine recht fadenscheinige Begründung, ist ihm doch monatelang der Umstand wohlbekannt gewesen. Wie sein plötzlicher Gesinnungswechsel zustande kommt, bleibt also fraglich – genauso, wie die Reaktion der Neonazis ausfallen wird. Es ist davon auszugehen, dass sie das Haus nicht freiwillig und ohne Protest am 31.12. räumen werden. Insofern wird die Kampagne unter dem Titel „Thor fast weg!" weitermachen.

Informationen unter:
www.thormussweg.de

Querfront oder Anti-Antifa

Ende November 2002 wurde der NPD-Aktivist Safet Babic als U-Boot im AStA der Uni Trier enttarnt. Seit Juni des Jahres hatte der Autor der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme" unerkannt im Referat „Politische Bildung" mitgearbeitet und dabei „seine Kritik am Kapitalismus und an der Kommerzialisierung des Bildungssystems" eingebracht, heißt es in einer Presseerklärung des Juso-AStA. „Nationalistische Hintergründe seiner Kapitalismus- und Europakritik" habe er gezielt ausgelassen. Der „bosnische Befreiungsnationalist", so der „Nationaldemokratische Hochschulbund" in Nürnberg hatte erst im März letzten Jahres bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung im hessischen Karben auf der Liste der NPD kandidiert.

Die NPD-Propaganda feiert Babics AStA- und Juso-Engagement als Beitrag zur „Bewusstseinsschärfung" der zunehmend „entpolitisierten linken Kreise". Beim Einsatz gegen Studiengebühren und seiner Kritik an Globalisierung und US-Imperialismus sei der „bekannte NPD-Redner" inhaltlich gut angekommen. Gleichzeitig hatte Babic „persönliche und politische Kontakte zu diversen Linken in Trier erschlichen", um deren Strukturen auszuleuchten. Davon betroffen waren u.a. „Attac" und die „Trierer Arbeitsgemeinschaft Frieden". Presseberichten zufolge hat Babic einen Teil seiner Erkenntnisse über linke Gruppen und Organisationen mittlerweile auf der Homepage der NPD veröffentlicht.

Der als „NPD-Maulwurf" Enttarnte trat zur Wahl des Studentenparlaments Anfang Dezember erfolglos mit einer eigenen „Freiheitlich sozialen Liste" an. Die konnte allerdings nur 54 Stimmen erringen - nicht genug für einen Sitz im Studentenparlament.



Der NPD-Aktivist Safet Babic bei einem Aufmarsch der NVU („Nederlandse Volks-Unie") in Rotterdam am 26.1.2002

Nun will Babic das Wahlergebnis wegen „Ungleichbehandlung im Wahlkampf" anfechten.

Spontaner Mordplan

Brandanschlag auf Moschee in Wolfenbüttel

Am 23. November 2002, dem 10. Jahrestag des Brandanschlages von Mölln, warfen Neonazis mehrere Brandsätze auf eine Moschee in der niedersächsischen Kleinstadt Wolfenbüttel.

von David Janzen

Weil jene immer wieder von den Fenstern abprallten, kamen die Täter gleich dreimal in derselben Nacht wieder. Bei ihrem dritten „Besuch" wurden sie von einem im Haus lebenden Vorbeter und seiner Familie entdeckt. Bevor jemand zu Schaden kam, konnte der Brand durch die alarmierte Feuerwehr gelöscht werden. Bereits 8 Stunden später vermeldete die Polizei einen Ermittlungserfolg: fünf Täter wurden festgenommen. Die Männer im Alter zwischen 16 und 21 Jahren aus Wolfenbüttel und Salzgitter waren bei der Polizei offensichtlich einschlägig bekannt. Zwei weitere Tatverdächtige wurden wenige Tage später ebenfalls in U-Haft genommen. Inzwischen wird außerdem gegen eine 21jährige Auszubildende wegen „Beihilfe" ermittelt. Die Staatsanwaltschaft wirft den Neonazis neben schwerer Brandstiftung auch versuchten Mord vor, da einer der Täter ausgesagt habe, ihnen sei bewusst gewesen, dass Menschen in der Moschee lebten.

Nach Auffassung der Ermittlungsbehörden steht der Anschlag nicht im Zusammenhang mit dem Jahrestag von Mölln - die Täter hätten bei einer privaten Feier spontan den Entschluss zur Tat gefasst. Einer der Festgenommene hat inzwischen eingeräumt, bereits am 4. November letzten Jahres einen Brandsatz auf die Moschee geschleudert zu haben. Für die Staatsanwaltschaft steht fest, dass es keine „Hintermänner" gebe, die Verdächtigten seien eher eine „lose Gruppe Rechtsradikaler".

In der örtlichen Presse vertreten der Sprecher der Staatsanwaltschaft und der Wolfenbütteler Bürgermeister Axel Gummert einhellig die Meinung, dass nicht erkennbar gewesen sei, dass die Wolfenbütteler Neofaschisten solche Straftaten begehen würden.

Für über die dortige neofaschistische Szene Informierte kommt der Anschlag jedoch nicht aus heiterem Himmel. In Salzgitter, wo zwei der am Brandanschlag Beteiligten wohnen, agiert die „Kameradschaft Salzgitter". Wie groß deren Potenzial ist und wie offen diese auftritt zeigt eine am 6. Oktober 2001 in den „Salzgitter Nachrichten" erschienene „Todesanzeige" für einen „Kameraden". Die mit Runen und Keltenkreuz „geschmückte" Anzeige war von 58 Mitgliedern und Sympathisanten der Kameradschaft mit vollem Namen unterzeichnet. Im April letzten Jahres erhielt die IG Metall Salzgitter eine Bombenattrappe mit beiliegender Todesdrohung gegen Gründungsinitiatoren des „Runden Tisches zur Ächtung des Rassismus und Antisemitismus".

Mord ohne Sinn

Am 16. November letzten Jahres wurde im brandenburgischen Potzlow die Leiche des 17-jährigen Schülers Marinus gefunden. Seine Mörder hatten ihr Opfer in einer Jauchegrube verscharrt, nachdem sie ihn stundenlang gefoltert und dann zu Tode geprügelt hatten. Die bestialische Tat geschah bereits vier Monaten zuvor, in denen die Täter schwiegen und niemand Fragen stellte.

von Kathrin Klever

Das Erschreckende an diesem Mord ist seine Sinnlosigkeit. Marinus wurde umgebracht, weil er da war, als die Täter jemanden suchten, den sie fertig machen konnten. Die Wahl fiel auf ihn, weil er die falschen Hosen trug und sich die Haare blondierte. Marinus ist nicht für eine abstrakte Idee ermordet worden, sein Tod hat keinen Zweck. „Man hat eher den Eindruck, dass Nazis hier einfach all jene sind, die schlagen, quälen und die Macht haben. Keine Nazis sind alle, die geschlagen werden", bracht es der „Tagesspiegel" auf den Punkt. Die öffentliche Debatte wird von Ritualen, Plattitüden und Schuldzuweisungen bestimmt. Von allen Erklärungsversuchen sind einige absurd, andere stimmen zum Teil. Allen gemeinsam ist ihre Hilflosigkeit.

Die Reaktionen auf das Geschehen waren vorhersehbar: Das Dorf fühlt sich stigmatisiert und beteuert, kein Problem mit Rechten zu haben. Die Empörung gilt vor allem denjenigen, die Fragen stellen: den Medien, der Polizei, der Antifa. Brandenburgs Innenminister und CDU-Rechtsaußen Jörg Schönbohm beklagt „als Erbe der DDR eine entbürgerlichte und entchristlichte Gesellschaft". Er setzt auf mehr Polizei und Sport als Therapie für „verirrte Jugendliche". Die örtliche Sozialarbeiterin des Jugendclubs gibt der hohen Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit vor Ort die Schuld und erhofft sich eine Diskussion innerhalb der Landesregierung, damit „Marinus Tod nicht ganz umsonst war". Die Dorfbevölkerung sucht die Schuld bei der Polizei und wirft ihr Untätigkeit vor, da sie trotz Vermisstenmeldung und etlichen Hinweisen keinen Anlass für Ermittlungen sah. Antifaschistische Initiativen sehen die Schuld in der fehlenden oder verfehlten Jugendpolitik und fordern mehr Geld für alternative Jugendarbeit. Am Ende herrscht Sprachlosigkeit: Die Antifa-Demo attackiert unter dem Motto „Potzlow ist überall" die Potzlower BürgerInnen, während diese sich mit den Worten „Wir sind ein ganz normaler Ort" verteidigen.

Am Abend des 12. Juli letzten Jahres trafen sich die Täter und ihr Opfer in der Wohnung eines Alkoholikers. Dort begannen für Marinus die Beschimpfungen und Misshandlungen, die in einem Stall der ehemaligen örtlichen LPG tödlich endeten. Den genauen Tathergang will die Staatsanwaltschaft aus Pietätgründen nicht veröffentlichen, so grausam sind die Täter vorgegangen. Fünf bis sechs Personen sollen laut Staatsanwaltschaft zumindest den Beginn der Misshandlungen mitbekommen haben. Geschwiegen haben die Zeugen ebenso wie die Täter, die Geschwister Marcel (17) und Marco (23) Schönfeld aus Potzlow sowie der 17-jährige Sebastian Fink aus Gerswalde. Marinus wurde nur gefunden weil einer der Täter betrunken mit der Tat prahlte. Jetzt ist das Entsetzen groß, auch in Potzlow.

Aufmarschrituale



Rückblick auf die Neonazi-Aufmärsche in Leipzig

Spätestens seit dem 1. Mai 1998 hatte Leipzig bei Neofaschisten einen schlechten Ruf: Bis 2001 war die Stadt als Aufmarschort gemieden oder behördlich verboten worden.

von Arthur Leone

Dann erklärten Christian Worch, Thomas Wulff und Steffen Hupka Leipzig zum Ziel eines „Großaufmarschs“. 1.500 Neonazis konnten am 1. September 2001 mobilisiert werden, doch wieder war die Aufmarschroute blockiert. Die Polizei hielt den Marsch nach wenigen hundert Metern auf, sie begründete es jedoch mit dem Skandieren von „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“. Die Nazis standen stundenlang auf der Stelle und wurden verbal attackiert.

Daraufhin erwachte Worchs Trotz und eine regelrechte Aufmarschserie begann. Am 3. November 2001 kamen noch einmal 1.000 Neonazis; deren Ziel, das Völkerschlachtdenkmal, erreichten sie jedoch wiederum nicht. Diesmal verhinderte eine Blockade von AntifaschistInnen, PDS-Politikern und zeitweise sogar Leipzigs Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee (SPD), dass die Neofaschisten weiter als 300 Meter marschieren konnten. Zur Überbrückung des abermaligen Rumstehens auf Leipzigs Straßen spielte die extrem rechte Band „Oidoxie“. Auch am 6. April letzten Jahres kam es für 1.000 Neonazis erst gar nicht zum Aufmarsch. Neben ihnen hatte das Bündnis „Jugend ist bunt“ eine Bühne aufgebaut, vor der sich einige Tausend Leute versammelt hatten. Letztlich verhinderte die Polizei den Aufmarsch, indem sie die Neonazis stundenlang penibel kontrollierte.

Am 8. Juni letzten Jahres erfolgte dann eine „Premiere“: NPD und „Freie Kameradschaften“ marschierten am gleichen Tag auf verschiedenen Routen und unter demselben Thema - gegen die „Wehrmachtsausstellung“ - ohne nennenswerten Widerstand durch die Stadt. Zwar durften beide per Auflage nicht zum Völkerschlachtdenkmal, der Aufmarsch der Worch-Anhänger konnte jedoch erstmals stattfinden: zum Ostplatz, wo wieder „Oidoxie“ spielte, und zurück zum Bahnhof. Trotzdem blieb dieser Tag der letzte größere Mobilisierungserfolg mit ca. 1.100 bis 2.000 Neonazis beim NPD-Aufmarsch und 500 TeilnehmerInnen bei den „Freien Kameradschaften“. Bei den folgenden vier Aufmärschen (13. Juli, 3. August, 7. September und 3. Oktober 2001) bot sich immer das gleiche Bild: 100 bis 400 Neonazis trafen sich mit einer Gulaschkanone am Bahnhof, marschierten zum Ostplatz und zurück. Ab dem 3. August wurde das Band-Konzept wieder aufgegeben.

Das Ordnungsamt, das den ersten Aufmarsch noch erfolglos zu verbieten versuchte, verlegte sich später nur auf die Verhängung strenger Auflagen, während Oberbürgermeister Tiefensee zusammen mit Gewerkschaften und Kirchenkreisen im „Courage-Bündnis“ lokalpressetaugliche Events - vom Brunch gegen Nazis bis hin zum Stapeln von Sandsäcken „gegen die braune Flut“ - organisierte. AntifaschistInnen konnten am 1. September, als das „Bündnis gegen Rechts“ (BgR) noch zur Demonstration gegen den zivilgesellschaftlichen Standortnationalismus aufgerufen hatte, noch viele Menschen auf die Beine bringen, seit dem 3. November waren jedoch immer weniger Personen bei den Demonstrationen gegen die Aufmärsche anwesend.

Diese sahen sich mit einer Polizei konfrontiert, die speziell gegen linke Jugendliche repressiv vorging. Aber auch gegen die älteren Bürger, die am 3. November letzten Jahres die Route blockierten, wurden Schlagstöcke und CS-Gas eingesetzt.

Für dieses Jahr hat Christian Worch weitere Aufmärsche angekündigt. Es scheint aber auch für die Neonaziszene nicht mehr sonderlich attraktiv zu sein, immer wieder an derselben Routine teilzunehmen, nur um irgendwann einmal am Völkerschlachtdenkmal anzukommen. Der Reiz der ehemaligen „No-Aufmarsch-Area“ Leipzig ist schon lange dahin und mittlerweile kursieren in den „Kameradschaften“ Aufrufe, sich mehr auf den „Basiskampf vor Ort“ zu besinnen, statt jedes Wochenende Demotourist zu spielen.

Prozess gegen Brandstifter

Zehn Jahre nach den pogromartigen Angriffen auf das Rostocker Sonnenblumenhaus wurde Mitte 2002 erneut ein Brandanschlag auf das Haus verübt. Vier junge Männer im Alter von 15 bis 24 Jahren müssen sich vom 8. Januar an für die Tat sowie für Angriffe gegen von Ausländern betriebene Geschäfte vor dem Landgericht Rostock verantworten. Die Anklage lautet auf versuchten Mord, schwere Brandstiftung, Sachbeschädigung und Verstoß gegen das Waffengesetz. Drei Angeklagte werden der rechten Szene zugeordnet.

Wegen ihrer Beteiligung an den Ausschreitungen vor zehn Jahren wurden erst 2002 drei heute ca. 30 Jahre alte Männer wegen Mordversuchs und schwerer Brandstiftung zu Bewährungsstrafen verurteilt. Kurz danach flog erneut ein Molotow-Cocktail gegen das Gebäude. Die Angeklagten sollen auch für Angriffe gegen so genannte Asia-Märkte und -Gaststätten verantwortlich sein.

Kontinuität des Handelns

Die JN-Abspaltung BdVG

Die „Bewegung deutsche Volksgemeinschaft" (BdVG) ist nicht nur mit einer eigenen Homepage im Internet vertreten, sondern versucht auch im Bereich der Jugendarbeit mit Agitation an Schulen Fuß zu fassen. Insbesondere in Heilbronn, Mannheim (Baden-Württemberg) und Ludwigshafen (Rheinland-Pfalz), Aachen (Nordrhein-Westfalen) und in Hoyerswerda, Kamenz, Gränitz (Sachsen) sind die ehemaligen Aktivisten der „Jungen Nationaldemokraten" engagiert.

von Raimund Hethey

Zunächst als „Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft“ 1999 von ehemaligen JN-Mitgliedern gegründet fungiert die inzwischen zur „Bewegung deutsche Volksgemeinschaft“ hochstilisierte JN-Abspaltung inzwischen als Schnittstelle zwischen militanten Neo-Nazis und deren ideologischem Überbau. Als Achim Ezer am 12. April 1999 eine Kampfabstimmung um den Posten des JN-Bundesvorsitzenden knapp gegen Sascha Roßmüller verlor, traten neben jenem Mitglieder aus Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Baden-Württemberg Ende Mai desselben Jahres geschlossen aus der JN aus. Neben persönlichen Querelen führte der taktische Umgang der NPD mit den militanten Gruppen zur Spaltung. Das Spaltprodukt BdVG machte sich für eine „kämpferische JN“ als außerparlamentarische Opposition stark, wozu auch eine Zusammenarbeit mit den „Freien Kameradschaften“ zählt, die von der NPD offiziell abgelehnt wird. Inzwischen hat Ezer den Bundesvorsitz an den 26jährigen Lars Käppler aus Neckarwestheim abgegeben, der Hauptsitz wurde bereits 1999 von Aachen nach Heilbronn verlegt.



Lars Käppler (li.) und Jürgen Distler (re.) am 7.2.1998 beim „1. Tag des Nationalen Widerstandes“ der NPD in Passau; Bild oben: Achim Ezer

Die BdVG bietet besonders einer jungen Klientel eine Mischung aus „Schulung“ und „Action“ an und möchte „die Volksgemeinschaft im Kleinen vorleben“. Die ehemaligen Funktionäre der JN haben sich jedoch nur wenig von dem ideologischen Rüstzeug ihrer früheren Mutterpartei NPD verabschiedet. Sowohl die angebotenen Themen als auch die von der BdVG eingeladenen Referenten bezeugen die Kontinuität ihres politischen Handelns im Sinne ihres großen Vorbilds der NSDAP, aber auch in Anlehnung an die NPD. Die enge Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Vorsitzenden der NPD, Günter Deckert, lässt den Schluss zu, dass der BdVG bei Nicht-Verbot der NPD möglicherweise in die Mutterpartei zurückkehren könnte.

Die Internetpräsenz wird regelmäßig bearbeitet, die optische Aufbereitung ist eher schlicht gehalten. Auf sieben untergeordneten Seiten finden die SurferInnen weiterhin das Grundsatzprogramm der BdVG, ein völkisch-rassistisches Pamphlet, die Publikation „Volk in Bewegung“, Berichte zu Aktivitäten des BdVG, Meinungsäußerungen zur „Ausländerproblematik“, den „Schulungsbrief“, aber auch Werbematerial wie fremdenfeindliche Aufkleber und T-Shirts.

Aktivitäten 2002

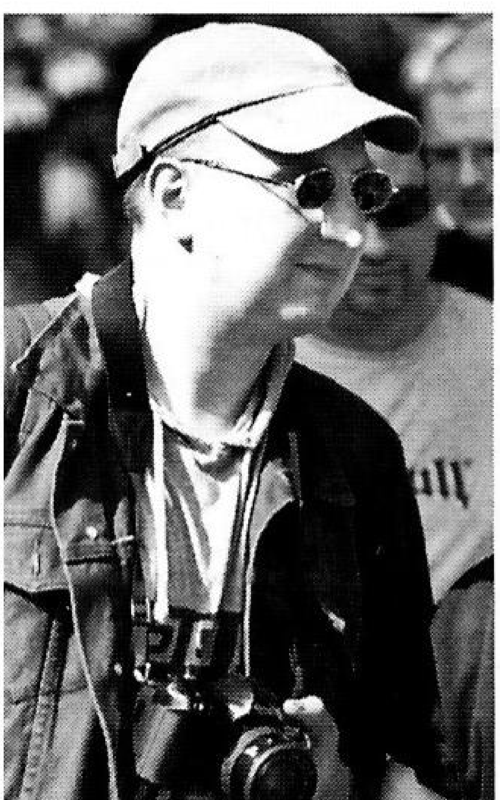
Im März und Mai letzten Jahres halfen Mitglieder der BdVG zusammen mit NPD-Funktionären aus Freiberg, der „Kameradschaft Norkus“ und NPDlern aus dem Kreis Annaberg- Buchholz am „Deutschen Haus Erzgebirge“ dem ehemaligen NPD-Vorsitzenden Deckert bei der Errichtung seines Nazi-Zentrums im sächsischen Gränitz. Die enge Zusammenarbeit mit Deckert ist durchaus eigennützig, wie einem Bericht auf der Homepage der BdVG zu entnehmen ist: „Der BDVG wird ebenfalls weiter Arbeitseinsätze für das „Deutsche Haus Erzgebirge“ leisten. [...] Somit können wir eher die Räumlichkeiten des „Deutschen Hauses Erzgebirge“ für unseren Kampf zum Aufbau einer volks- und reichstreuen Bewegung in Anspruch nehmen.“

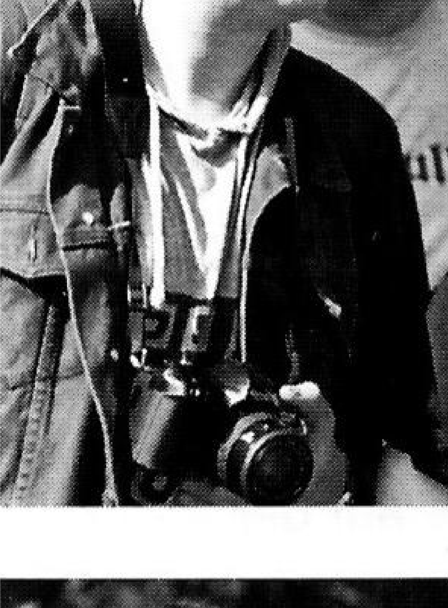
Im September tauchten in Mannheim und Ludwigshafen zahlreiche Aufkleber der „Bundesweiten Aktion Junge Deutsche“ auf. Unter dem Spruch: „Stoppt die Ausländerkriminalität auf unseren Schulhöfen“ wurden insbesondere Schülervertretungen aufgefordert, sich dafür einzusetzen, Schulklassen ausländerfrei zu machen. Anzeigenbegehren gegen die „Bundesweite Aktion Junge Deutsche“, einem Werbe-Produkt der BdVG, beschieden die zuständigen Staatsanwaltschaften negativ - zwar seien deren Äußerungen fremdenfeindlich, würden aber durch das Grundrecht auf Meinungsfreiheit gedeckt.

Im sächsischen Hoyerswerda versammelten sich etwa 80 Neo-Nazis, vorwiegend aus dem Bereich der „Freien Kameradschaften“ am 17. November zu einer „Trauerfeier“, die vom BDVG organisiert wurde. Die Veranstaltung sollte zur Ersatzveranstaltung für den verbotenen Aufmarsch in Halbe umfunktioniert werden. Auf der Versammlung sprach der Bundesvorsitzende Lars Käppler. Die Stadtverwaltung hatte die Mahnkreuze auf dem städtischen Friedhof mit Plastikfolien verhüllt, nachdem die Gerichte ein Verbot der Nazi-Veranstaltung abgelehnt hatten.

Zum Aktionsprogramm der BdVG gehören regelmäßige Fußballturniere, Abenteuerurlaube, Arbeitseinsätze, „Sonnenwendfeiern“, Orientierungsmärsche und Liedermacherabende mit Jörg Hähnel, Lars Hellmich oder Frank Rennicke. Zu Vortragsveranstaltungen wurden bisher Georg Albert Bosse, Günter Deckert, Wolfgang Juchem, Horst Mahler, Manfred Roeder, Bernhard Schaub, Franz Schönhuber, Dietrich Schuler, Gert Sudholt und Christian Worch geladen. Alle mehr oder weniger bekannte Neo-Nazis aus dem Spektrum der Holocaust-Leugner, Geschichtsrevisionisten und Verfechter des „Neuheidentums“. In den Schulungsbriefen der BdVG wurden bisher folgende Themen- und Personenkomplexe behandelt: Albert Leo Schlageter

(Freikorpssoldat und NSDAP-Mitglied, 1923 hingerichtet), José Antonio Primo de Rivera (spanischer Falangist), „Bemerkungen zu Dünkirchen“, der Vertrag von Versailles, das „Massaker von Dresden“, der 17. Juni 1953 und der 13. August 1961. Die „Kapitalismuskritik“, die in einigen „Schulungsbriefen“ geübt wird, erinnert stark an Beiträge der NSDAP-Schulungsbriefe aus den 1920er Jahren. Von größerem Interesse scheint auch die Geschichte der deutschen Militärmusik zu sein - und natürlich das „Volkslied“.











V. o. n. u.: *Casjen Bayen, Christian Worch, Thomas Wulff, Hartmut Wostupatsch, Tobias Thiessen*

Falsche Propheten

Streit bei den „Freien Nationalisten“

Über die nationalsozialistische Utopie herrscht bei den „Freien Nationalisten“ Einigkeit. Allein die politische Strategie führt bei den militanten Neonazis zum Streit. Zum Ausklang des vergangenen Jahres hinterfragten führende Kader des Netzwerks der „Freien Nationalisten“ vermehrt ihre Aktionsform, Kaderpolitik und Bündnisoptionen. Vor allem Christian Worchs Option des „Demotourismus“ und Klassifizierung der NPD als „feindliche Organisation“ wird kritisiert.

von Stephan Lindke & Andreas Speit

In den letzten Jahren setzte sich im Spektrum der militanten Neonazis das von den Hamburger Neonaziführern Thomas Wulff und Worch federführend entwickelte Organisationsmodell des „führerlosen Widerstands“ durch. Die organisatorische Alternative der lose durch Netzwerke verbundenen „Freien Kameradschaften“ schien für die „Kameraden“ nicht nur wegen des vermeintlich dynamischeren Bewegungsrahmens, sondern auch wegen der komplizierteren Rechtslage attraktiv. Doch die Aktionsform der permanenten Aufmärsche erscheint nun norddeutschen Funktionären wie Tobias Thiessen und Wulff die Neonazis zu wenig zu politisieren und zu integrieren. „Viele Kameraden kennen die Bahnhofsplätze und Innenstädte ungezählter Städte – aber wo bei ihnen um die Ecke die örtliche Antifa-Location ist, davon haben sie keinen Schimmer“, klagen sie in einem Diskussionspapier auf der „widerstand“-Homepage, welches auch auf „die-kommenden“ und „störtebekernetz“ zu finden ist.

Das „Übermaß an Demonstrationen“ – von „wenigen wichtigen Themen (1. Mai, Hess-Märsche in Wunsiedel, Demos gegen die Antiwehrmachtsausstellung) abgesehen – [sei] ein sinnloser Kräfteverschleiß“. Denn zum einen hätten die Aufmärsche „keinen nennenswerten und vielerorts sogar überhaupt keinen Zulauf neuer Mitstreiter“ gebracht, und wenn „dann doch mal neue Menschen in [ihre] Reihen gekommen“ wären, hätte „ein Konzept gefehlt die Neugewonnenen sinnvoll an der Basis zu integrieren“. Zum anderen fehle „die inhaltliche Vor- und Nachbereitung“ an der „lokalen Basis“, da „Probleme nur anlassbezogen wahrgenommen“ würden. „Mal zufällig [hätte] z.B. eine nationale Demo gegen Castortransporte stattgefunden, aber danach [hätte] keinerlei Interesse bestanden“, inhaltlich weiter zu arbeiten. Dies sei „kein Agieren“, sondern „nur einfallsloses Reagieren“.

Ohne die Kritik zu personifizieren, thematisieren die Autoren eindeutig Worchs Aktivitäten. Bereits in dessen „Julfest-Rundschreiben“ an die „Kameraden“ vom 11. Dezember 2000 prognostizierte Worch stolz, dass er sich für 2001 vorgenommen habe, „die Schwelle von 30 Demonstrationsteilnahmen mindestens zu erreichen, möglichst sogar zu durchbrechen“.



Am 3.10.2002 (Tag der deutschen Einheit) marschierten ca. 250 Neonazis „Freier Kameradschaften“ zum mittlerweile achten Mal durch Leipzig. Hier: Jugendliche Neonazis mit Winkelementen.

Auch 2002 hielt er an dieser Strategie fest. In der aktuellen Ausgabe der „Triskele“ betont er in einem Interview, dass „Demonstrationen [zurzeit]

das wichtigste Mittel des Ausdrucks" seien. Ergänzt aber, dass „auf längere Sicht auch andere Formen [des] politischen Einflusses" nötig würden. Dies scheint Wulff und seinen Adepten aber zu langfristig, weil die „sinnlosen Mobilisierungen [die] Verheizung unserer Kräfte" bedeuteten. Schon im Januar/Februar 2001 war ein langjährig schwelender Streit zwischen Wulff, Thiessen und Worch um die Entscheidungskompetenzen aufgebrochen. Anlässlich Worchs Omnipräsenz auf der Straße betitelte Thiessen ihn als „großen Zampano". Enttäuscht über die mangelnde Solidarität beschwerte sich der Gescholtene in einem Brief vom 25. Februar 2001, dass das von Wulff und Thiessen dominierte „Aktionsbüro Norddeutschland" zu viel Macht inne hätte und beide sich nicht an Vereinbarungen mit ihm halten würden.

Deutlich heben Wulff und Co. in dem Papier hervor, dass Demonstrationen wieder „Propagandaufmärsche" werden müssten und deren Verantwortliche „eine gründliche Vor- und Nachbereitung gewährleisten" sollten. „Demokultur statt Demotourismus" soll das neue Motto für die „Freien Nationalisten" werden. Nur so könne die Basis, „das Herzstück des Widerstands", gefestigt und ausgebaut werden. Mittlerweile sei „ein Teil des Widerstands" auch schon an „die Basis zurückgekehrt und kämpfe vor Ort", um die „Politikfähigkeit" zu verbessern.

Einhergehend mit dieser Absage an Worch, wird dessen ablehnende Haltung zur NPD hinterfragt. In einem Papier auf der Homepage „die-kommenden" fordert die „VS-Recherchegruppe Mitteldeutschland", die beim Verbotsverfahren gegen „Blood & Honour Deutschland" den ehemaligen Sektionsführer Marcel Degner aus Gera und Sven Schneider, den Betreiber des „Hatesound-Versandes" aus Werder/Brandenburg, als Verfassungsspitzel geoutet hatte, die Gräben zwischen der NPD und Worch zu überbrücken. Das Gemeinsame und auch das Ergänzende von Partei und Bewegung solle wieder die Politik bestimmen.

Aber nicht nur Worchs Strategie wird kritisiert, auch dessen Integrität. Die „Recherchegruppe" betrachtete Worch als „moralische Instanz" in der V-Mann-Problematik, da er sich „in der Vergangenheit immer für eine konsequente Ausgrenzung von Spitzeln, Verrätern und Agenten aussprach." Umso enttäuschter sei sie nun von ihm, da er bereits seit längerem um die Zusammenarbeit des ehemaligen ANS-Kaders Hartmut Wostupatsch mit dem VS gewusst hätte und sogar an dessen „Rehabilitation arbeiten" würde. Mit dieser Politik setze „Worch alle Kameraden/innen aus dem Umfeld Hartmut Wostupatsch Geschwätzigkeit gegenüber einem Staatsschutzbeamten aus" und nehme „bewusst die Kriminalisierung und Gefährdung der aktiven Leute vor Ort in Kauf". „Um der Sache Willen" sieht die „Recherchegruppe" als Konsequenz nur, „auf Distanz zu dem falschen Propheten zu gehen".

Ohne auf die inhaltlichen Vorwürfe einzugehen, antwortete Worch am 2. Dezember letzten Jahres „wider die anonymen Hetzer". Stattdessen schimpfte er, „bisher [hat sich] niemand bereit gefunden, die Verantwortung für den hetzerischen Text zu übernehmen". Als Helfershelfer macht er allerdings Casjen Bayen aus.

Neben Aufmärschen versucht Worch seit 2001 auch RechtsRock-Konzerte juristisch durchzusetzen. Bereits im Februar 2001 hatte er in Hamburg eine Demonstration unter dem Motto „Für die Freiheit der Kunst - rechtsradikale Musik für alle" angemeldet. Im November 2001 versuchte Worch auf der Abschlusskundgebung eines Aufmarsches in Leipzig ein Konzert mit der Dortmunder RechtsRock-Band „Oidoxie" anzumelden. Mit der Verbindung von Aufmärschen und Konzerten möchte er den Aktionen eine größere Attraktivität geben. Nicht nur, um das neonazistische Skinhead-Klientel zu erreichen.

Offensichtlich entwickelt sich bei den „Freien Nationalisten" eine neue Strategiediskussion. Die nachlassende Demonstrationsbeteiligung führt zu einer Reflexion der aktuellen Praxis. Stellungnahmen zu dem Kritikpapier sind bis dato noch nicht eingegangen. Die „Kameraden" sind eben ungeübt im Diskutieren. Die Intention ist jedoch schon vorgegeben. In Abgrenzung zu Worch präferieren die Kritiker eine qualitative Organisierung gegenüber einer quantitativen Präsenz auf der Straße sowie eine Aktionsstrategie über die Parteiengrenze hinweg. Den „Grand Seigneur" der militanten Neonazis möchten sie als „falschen Propheten" demontieren.

Neonazistisches Pantoffelkino

Mit einem Jahr Verspätung erschien im Herbst letzten Jahres die fünfte Ausgabe der Videoproduktion „Kriegsberichter". Hergestellt wurde das Video wie zuvor von „Ainaskin Production" in Helsinki, Finnland. Hinter der Firma verbirgt sich Jäsä, Marko Järvinen. Vertrieben wird das Video über ein Postfach der Organisation „Thule" in Hyllinge, Schweden, und von der „NS88 Video Division" in Richardson, Texas, USA. Dahinter verbirgt sich die US-amerikanische „Division" von „Blood & Honour", die es mit der „Combat-18"-Linie hält.



Neonazi-Band „Oidoxie" beim Aufmarsch gegen die „Wehrmachtsausstellung" in Leipzig am 8.6.2002

Nach einleitenden Worten von Tom Metzger von „White Aryan Resistance" (WAR) macht die Dortmunder Band „Oidoxie" den musikalischen Auftakt auf dem Video. Gezeigt wird ein Konzert-Mitschnitt bei dem die Band das berüchtigte Hakenkreuz-Lied der Band „Radikahl" covert: „Hängt den Adolf Hitler den Nobelpreis um, hisst die rote Fahne mit dem Hakenkreuz". Daneben werden u. a. auch Mitschnitte von Auftritten der Bands „Skullhead", „Mistreat" und „Fortress" gezeigt, ein Interview mit Bernd Peruch von der Bamberger Band „Hate Society", der von sich sagt: „I'm an old school racist". Und Jens-Uwe Arpe von der Band „Kraftschlag" verkündet Neuigkeiten über sein musikalisches Schaffen. Wiederkehrend werden dazwischen Szenen geschnitten, in denen Bilder aus Konzentrationslagern gezeigt werden, Szenen, in den Farbige oder Juden erschossen werden und mit Karikaturen der Mord an Behinderten dargestellt wird. Ebenfalls über Cartoons machen sich die Produzenten des Videos über die Ermordung Anne Franks lustig und leugnen durchgängig den Holocaust. Zudem sind Ausschnitte von zwei Rudolf-Hess-Gedenkmärschen zu sehen sowie ein Interview mit „Blood & Honour USA", in dem diese mit grosskalibrigen Waffen posieren.

Nazi-Bands im Rockerclub

Kontakte zwischen ehemaligen Aktivisten von „Blood & Honour" und dem gewalttätigen Rockerclub „Bandidos", der von der Polizei mit Drogengeschäften in Verbindung gebracht wird, wurden Anfang November letzten Jahres durch ein konspirativ vorbereitetes Konzert verschiedener Nazibands im Clubhaus der Rockergruppe deutlich. Rund 400 Personen kamen zu dem Auftritt der baden-württembergischen Skin-Bands „White Voice", „Propaganda" und „Siegnum" sowie der österreichischen Gruppe „Stoneheads". Eingeladen hatte Hartwin Kalmus, der den Internet-Versand „Ragnarök Records" betreibt und vor dem Verbot Vize-Sektionsleiter des Nazi-Skin-Netzwerks „Blood & Honour" war. Die Polizei beobachtete das Treffen zwar, sah aber keinen Grund zum Einschreiten.



Le parti c'est moi

„Schill-Partei" hört auf Schill

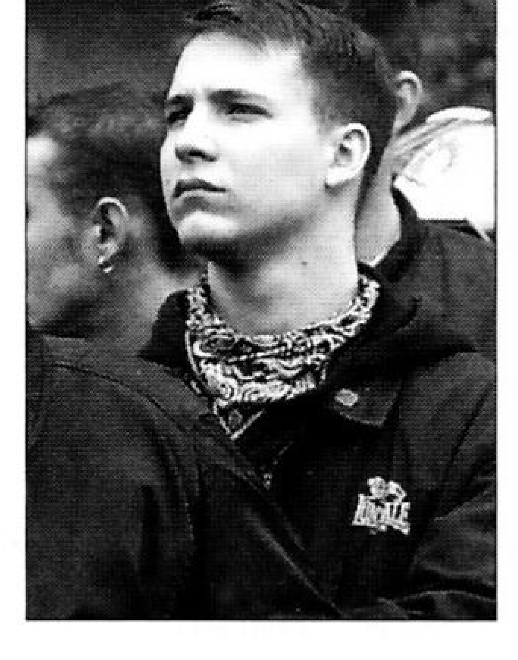
Die Partei steht hinter dem Vorsitzenden. „Eine feste Burg ist unser Schill", scheint das Glaubenscredo der „Partei Rechtsstaatliche Offensive" zu sein.

von Andreas Speit

Denn auf dem Landesparteitag versprach Ronald Schill den rechtschaffenen Bürgern schon auf Erden die Erlösung von allen üblen Gestalten der Welt, und die Mitglieder glaubten der Botschaft. 96,8 Prozent der Delegierten bestätigten am 8. Dezember letzten Jahres Schill als Landeschef. Die etwa 200 Anwesenden erhörten im Saal der „Patriotischen Gesellschaft" all seine Mahnungen und Warnungen.

Hatte Hamburgs Innensenator mit der martialischen Räumung des Bauwagenplatzes „Bambule", dem rapiden Abbau des Sozialnetzes, und dem radikalen Vorschlag, das beim Moskauer Geiseldrama verwendete Narkosegas gegebenenfalls auch in Deutschland einzusetzen, die hanseatische Bevölkerung gespalten, schweißte er zugleich mit diese Null-Toleranz-Politik gegenüber alternativen Lebenskünstlern, Sozialhilfeempfängern und Terroristen seine Partei zusammen.

In seiner Rede zog Schill eine positive Bilanz der Regierungsbeteiligung in Hamburg und lobte die dienliche Treue der Regierungspartner. Der Senator rechtfertigte aber nicht nur die Idee des Giftgaseinsatzes als „vorausschauende Politik" und die Räumung als Maßnahme gegen „zweierlei Recht". Der „Quartalsirre von der Elbe" („taz") führte weiter aus, dass Hamburg sicherer, der Bahnhof gesäuberter und die Straßen freier seien. Hamburg würde seiner Meinung nach allerdings noch schöner, wenn die zusätzlichen 900 Polizisten im Dienst seien und die geschlossenen Jugendheime in Betrieb. Dass die SPD nun auch für diese Jugendheime und Brechmittel sei, amüsierte den Ideengeber.


Dennis A. Seegers

Allein die „innerparteilichen Querulanten" machten die Politik schwer. Die Delegierten verstanden. Trotz interner Kritik bestätigten sie die Partei-Vize Mario Mettbach und Dirk Nockemann im Amt. Nach dem Segen Schills wählten sie Christian Brandes, Mitglied der extrem rechten „Burschenschaft Germania", zum Schatzmeister. Auch Mettbachs Ambition, für den Bundesvorsitz zu kandidieren, gefiel den Parteimitgliedern, weil es dem Vorsitzenden passte.

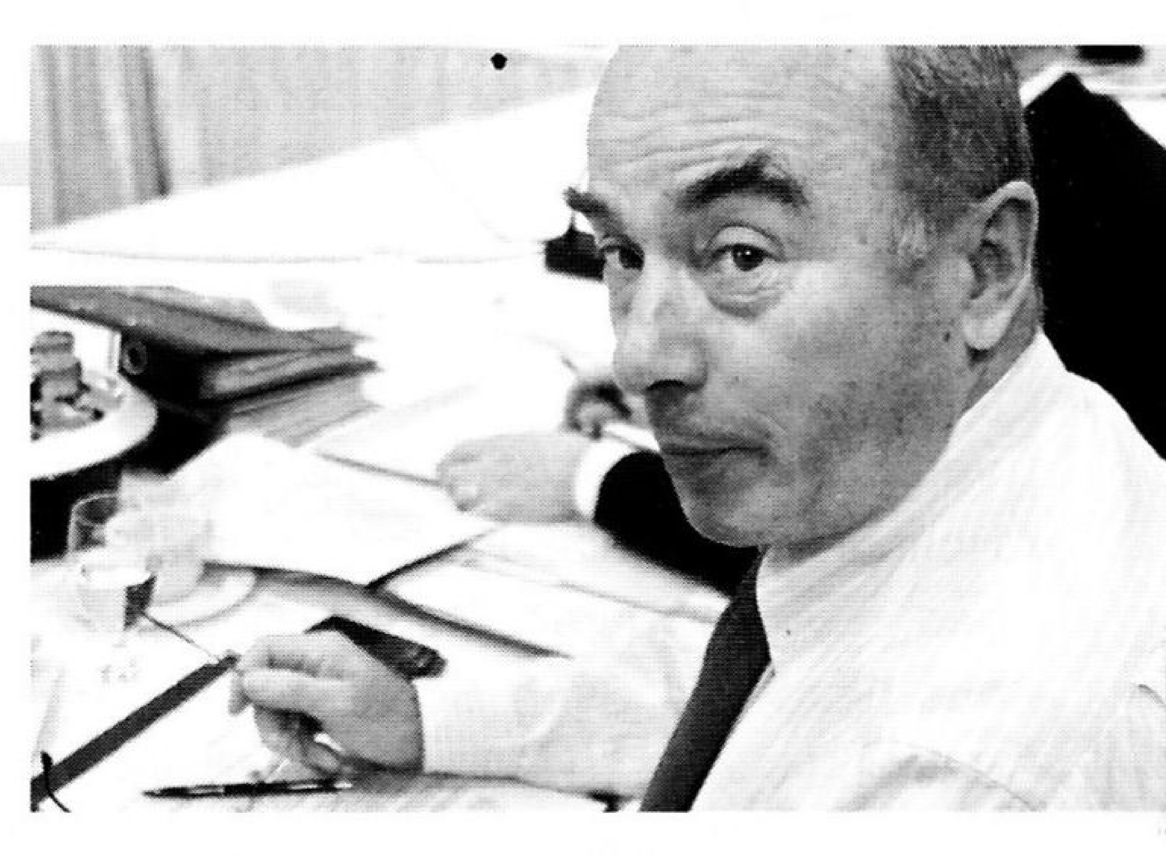
Im Februar diesen Jahres führt die Partei mit ihren mittlerweile 10 Landesverbänden, die 7100 Mitglieder vereinen, ihren Bundesparteitag durch. Ob dann der Vorsitzende des Ortsverbands Mettmann I, Dennis Ansgar Seegers, Delegierter des nordrhein-westfälischen Landesverbandes ist? Sein Engagement als Sänger der RechtsRockband „Eskil" und Kamerad der „Freien Nationalisten" störte die Schillianer bisher nicht.

Konservative Wertdebatte

Schönbohm im Dialog mit der „Jungen Freiheit"

Er bleibt sich treu. Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm gewährte der „Jungen Freiheit" (JF) ein Interview. „Ganz entspannt" reagierte der CDU-Vizeministerpräsident auf die Kritik: „Ich decke das gesamte Spektrum ab." Er gäbe auch der „taz" und dem „Neuen Deutschland" Interviews. Außerdem dürfe man „Rechtsextremismus nicht mit rechts verwechseln".

von Andreas Speit


Jörg Schönbohm (CDU)

Diese Position legte der bekennende „stark konservative Politiker", der bereits 1999 mit den „neurechten" Redakteuren über Volk und Vaterland sprach, auch in dem zweiseitigen Gespräch von 15. November letzten Jahres dar. Namentlich wirft Schönbohm dem Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse vor, im Bundestagswahlkampf mit der „These", dass der „Rechtsextremismus aus der Mitte der Gesellschaft komme", „den Diskurs der verschiedenen politischen Lager – der notwendig zu einer lebendigen Demokratie gehört – zu unterbinden, um das konservative Lager erneut matt zu setzten" [Fehler i. Orig.]. Im Namen des „Aufstandes der Anständigen" würden „Kommunisten und Ex-Stasi [...] gegen alles, was sich halbrechts von der Mitte befindet, politisch vorgehen". Diese Argumentation aufgreifend, fragen für die

JF sogleich Dieter Stein und Moritz Schwarz: „Hat die Union inzwischen kapiert, daß es beim ‚Kampf gegen Rechts‘ nicht wirklich um das Problem des Rechtsextremismus geht [...]?". „Ich bin sicher", antwortet Schönbohm, selbst die „Wohlmeinenden in der Partei" hätten dies eingesehen.

Aber nicht nur über die antifaschistische Strategie der CDU tauschten sich die Gesprächspartner aus, sondern auch über das konservative Profil der Partei. Aus Sorge vor einem „altbackenen" Medienbild dürfe die CDU nicht die „konservativen Werte" aufgeben. Stattdessen, so erläutert Schönbohm, muss sie wieder auf „Ehe und Familie [als] die Keimzelle unserer Gesellschaft" setzen. Die Frage müsse ernsthaft diskutiert werden, „ob wir wirklich das deutsche Volk schrittweise reduzieren wollen". Denn am Ende der herrschenden Zuwanderungs- und Familienpolitik würde stehen, dass „wir [...] sozusagen in den Staub der Geschichte fallen".

Neben den „klassischen bürgerlichen Tugenden, wie Erziehung, Leistung und Verantwortung" müssten „wir [...] endlich lernen, wieder unbefangen stolz auf unser Land sein zu können". Die „nationale Einheit" könne nicht ohne das „Bekenntnis zur Nation vollendet werden". Die Positionen gefallen der Wochenzeitung, nur stört die Redakteure, dass die „Union [sich] im Falle der Zuwanderung den Mund verbieten" ließ. „Verwechseln Sie bedachtes Handeln nicht mit Feigheit vor dem Feind", belehrt darauf der General a. D. die Herren und betont, dass das „Zuwanderungsgesetz" eine „Verschränkung aus 68er-Ideologie und der linken Irrlehre des Multikulturalismus" sei.

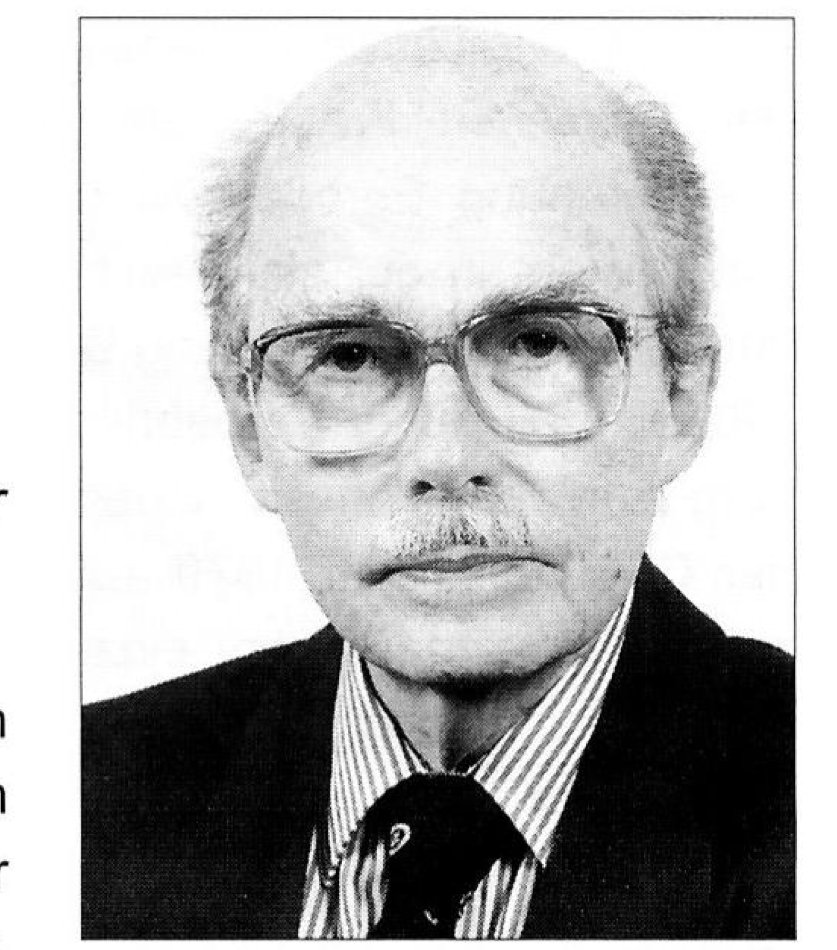
Während der SPD-Regierungspartner in Brandenburg das Interview „etwas bedenklich" finde, fordert die PDS-Fraktion den Rücktritt des Ministers, da er „mit Rechtsextremen kungelt und durch seinen Verfassungsschutz Morddrohungen per CD verbreiten lässt". Doch so wenig der Skandal um den brandenburgischen V-Mann bei der Naziband „White Aryan Rebels" Schöhnbohm das Amt kostete, so wenig scheint es die Debatte um das JF-Interview zu tun. Betont „gelassen" meinte Schönbohm denn auch: „Ich wollte mal testen, ob die Reflexe noch da sind. Sie sind noch da. Sie haben reagiert wie die pawlowschen Hunde".

Kaiserliche Hoheit belieben zu feiern

Otto Habsburg im Porträt

Die deutschsprachige Presse und Europas Konservative ehrten anlässlich seines 90sten Geburtstags den rechten Multifunktionär Otto Habsburg. Die Aufnahme Ungarns in die EU und die Neuordnung Europas betrachtet dieser als Krönung seiner politischen Arbeit.

von Ernst Kovahl & Jörg Kronauer



Otto Habsburg

Für Aufmerksamkeit war gesorgt, als Otto Habsburg Ende November letzten Jahres Geburtstag feierte. Standesgemäß fanden die Feierlichkeiten im Wiener Stephansdom und der Hofburg statt. Dort gab sich neben der aristokratischen Prominenz auch die Politik ein Stelldichein. Österreichs Bundeskanzler Schüssel (ÖVP) gratulierte ebenso persönlich wie die Präsidenten Estlands und der Slowakei, Litauens Ex-Präsident Landsbergis und Bulgariens Ministerpräsident. Edmund Stoiber (CSU) und Angela Merkel (CDU) kamen zwar nicht selbst vorbei, wünschten aber postalisch Glück. In der Presse wurde unisono Habsburgs Einsatz für Europa und sein Kampf gegen den real existierenden Sozialismus gelobt. Die „Deutsche Presse Agentur" ernannte den Multifunktionär der europäischen Rechten gar zum „Vorzeige-Demokraten".

Zwei frisch erschienene Biografien rundeten die Sympathie-Offensive für die „Kaiserliche Hoheit" („Welt am Sonntag") ab, die 1912 als ältester Sohn des späteren Kaisers von Österreich und Königs von Ungarn geboren wurde. Hätte es 1919 den Sturz der Monarchie nicht gegeben, wäre Otto Thronfolger geworden. So musste die Familie Österreich verlassen, da sie nicht auf ihre Vorrechte verzichten wollte. Nach zwei missglückten Restaurationsversuchen wurde Ottos Vater schließlich verbannt. Doch auch der Sohn gab den Anspruch auf die Herrschaft in Österreich/Ungarn nicht auf, obwohl er begriff, dass eine direkte Restauration der Herrschaft vorerst aussichtslos war.

Habsburg begann statt dessen, unter dem Stichwort „Europa" an der Rekonstruktion des alten Reiches zu arbeiten. 1936 tritt er der „Paneuropa-Union" (PEU) des adeligen Richard Coudenhove-Kalergi bei und wirbt für die Idee einer „Donauföderation" als zukünftiger Ordnung und Vorstufe eines geeinten Europa. Aus der Emigration in den USA zurückgekehrt, lebt er von 1944 bis 1951 in Frankreich, Portugal und Spanien. Dort trifft er den faschistischen Diktator Franco, der von dem Kaisersohn begeistert zu sein scheint. Denn er wird Habsburg später finanziell unterstützen und ihm sogar die spanische Krone anbieten. Doch Habsburg lehnt ab und widmet sich weiter seinen Europa-Plänen. 1953 entwirft er in dem Buch „Entscheidung für Europa" detaillierte Pläne für ein geeintes Europa. Volksgruppenrechte, das „Recht auf die

Habsburg gibt JF Interview

Otto Habsburg hat der „Jungen Freiheit" in der Ausgabe vom 22. November letzten Jahres ein Interview gegeben. Darin äußert er seine völkischen, von Rassismus und antisemitischen Verschwörungsphantasien geprägten Einschätzungen über „die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts". Habsburg, der als „Kaiserliche Hoheit" angesprochen wird, behauptet, dass der Irak ein aus „drei Nationen" bestehender Staat sein: „im Norden Kurdistan", im Süden „Sumpf-Araber" und in der Mitte „Tigris-Araber". Ariel Sharon habe „ein Buch geschrieben, in dem er angekündigt hat, dass er die Araber alle ausrotten" wolle. Die „US-Innenpolitik" sei in zwei Hälften gespalten: „Auf der einen Seite das Verteidigungsministerium, in dem die Schlüsselpositionen mit Juden besetzt sind, das Pentagon ist heute eine jüdische Institution. Auf der anderen Seite, im State Department, sind die Schwarzen – zum Beispiel Colin Powell und Condoleezza Rice." Momentan „spielen die Angelsachsen, also die weißen Amerikaner, eine relativ geringe Rolle". Weiterhin herrsche in der Bundesrepublik eine „systematisch durch die kontrollierten Medien" aufgebaute „Hysterie gegen `Rechts´" vor.

Heimat“ für die deutschen „Vertriebenen“, Subsidiarität, Christentum und Föderalismus sollen die Stützpfeiler einer „europäischen Wiedervereinigung“ werden.

1957 wird Habsburg Vizepräsident der Internationalen PEU, die nunmehr ein kleiner Intellektuellenzirkel ist. Doch nach dem Tod des Vorsitzenden Coudenhove-Kalergi machen sich Habsburg, Hans-Joachim von Merkatz (ehemals Bundesvertriebenenminister) und Rudolf Wollner („Sudetendeutsche Landsmannschaft“) daran, aus ihr eine „Massenbewegung für Europa“ aufzubauen. Dafür werden die Verbände der deutschen „Vertriebenen“ ins Boot geholt. Diese arbeiten ebenso wie die PEU an der „Europäisierung der deutschen Frage“, um die antifaschistische Nachkriegsordnung Europas zu revidieren; das gemeinsame Ziel besteht in der Niederschlagung des Realsozialismus und der „Wiedervereinigung Deutschlands“.

Parallel zu seiner Verbandsarbeit in der PEU wird Habsburg zu einem einflussreichen außenpolitischen Berater in der CSU, für die er 1979 auf einem sicheren Listenplatz in das Europaparlament einzieht. Dort ist er bis 1999 als Abgeordneter tätig. Während dieser Zeit gelingt es ihm, die Gruppe der Abgeordneten, die der inzwischen europaweit reaktivierten PEU angehören, zu einer einflussreichen Gruppe mit bis zu 100 Mitgliedern auszubauen. SeparatistInnen haben in ihr eine konsequente Lobby; in den Umbrüchen ab 1989 werden sowohl die aus der Sowjetunion austretenden baltischen Staaten als auch die separatistischen jugoslawischen Teilrepubliken massiv von Habsburg und seiner Truppe unterstützt.

Daneben arbeitet Habsburg bis 1989 an einer katholisch-antikommunistischen Internationalen. Diverse reaktionäre Stosstrupps, die sich dem Kalten Krieg gegen den Realsozialismus verschrieben haben, können sich auf seine Hilfe verlassen: Die auf eine BND-Tarnorganisation zurückgehende „Abendländische Akademie“ und das „Centre Europeen de Documentation et Information“ (CEDI) in den 1950ern und 1960ern, die „Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft“ und das „Brüsewitz-Zentrum“ in den 1970ern und 1980ern. Enge Kontakte zur katholischen Kirche und zahlreichen „Lebensschutz“-Organisationen gehören bis heute zur Basisarbeit des Kaisersohnes.

Die Osterweiterung der EU und die Integration Ungarns sieht Habsburg, der noch 1953 für ein auf Lebenszeit gewähltes europäisches Staatsoberhaupt plädiert und erst 1961 aus pragmatischen Gründen auf seinen Thronanspruch verzichtet hat, als seine letzte große Aufgabe an. Dadurch wären die größten Teile der ehemaligen Habsburg-Monarchie wieder unter einem politischen Dach vereint. Doch die endgültige Einheit Europas, so Habsburg, sei erst erreicht, wenn alle Gebiete westlich des Urals von russischem Einfluss befreit und Russland hinter seine „natürlichen Grenzen“ getrieben worden sei. Der letzte derartige Versuch, heißt es in einer Schrift des „großen Europäers“, sei bedauerlicherweise gescheitert, als die Wehrmacht „trotz der katastrophalen Fehler ihrer höchsten Führung den russischen Riesen bis an die Wolga zurückgetrieben“ habe.

Kärntner Abwehrkämpferbund

Auf dem Waldfriedhof im österreichischen Fürnitz-Oberrain fand am 9. Oktober letzten Jahres eine öffentliche Ortsfeier des „Kärntner Abwehrkämpferbundes. Verein Kriegerdenkmal Fürnitz“ statt. Franz Poglitsch, Obmann des Vereins, führte u.a. aus: „Die uns heute bedrohenden großen Gefahren sind die von der Brüsseler EU geplante, gegen die Völker gerichtete und damit widernatürliche so genannte Regionalisierung und die Zuwanderung artfremder, fremdrassiger Menschen aus anderen Erdteilen mit fremden Sprachen, fremden Kulturen, fremden Lebensarten und fremden Religionen.“ Poglitsch, Teilnehmer bei Veranstaltungen des NS-apologetischen „Kulturwerkes Österreich“, weiter: „Das erbmäßig festgelegte Anderssein dieser Fremden bedingt, dass diese Menschen nie und nimmer in das Wirtsvolk passen – nicht heute und auch nicht morgen! Und alles Gerede von Integration ist Lüge und Betrug an unseren Menschen.“

Asylreferendum in der Schweiz

Die von der rechtskonservativen Schweizerischen Volkspartei (SVP) initiierte „Volksinitiative gegen Asylmissbrauch“ ist knapp gescheitert. Ihr fehlten nur 3.000 Stimmen für die Forderung, alle Flüchtlinge pauschal von der Asylgewährung auszuschließen, die über einen so genannten sicheren Drittstaat in die Schweiz einreisen. In der deutschsprachigen Schweiz erhielt die Initiative in ländlichen Regionen zum Teil mehr als 60 Prozent der Stimmen. Ein Erfolg der Initiative hätte die faktische Abschaffung des Asylrechts bedeutet, da das Land nur von „sicheren Drittstaaten“ umgeben ist und ca. 98 Prozent der Asylsuchenden auf dem Landweg in die Schweiz einreisen. Trotz des gescheiterten Referendums erklärte die Justizministerin Ruth Metzler, dass sie die Ängste der Bevölkerung ernster nehmen und die Asyl- und Ausländergesetze verschärfen wolle. Für die SVP stellt das Referendum angesichts derartiger Aussagen keinen Misserfolg dar. In Umfragen konnte sie weiteren Zuwachs registrieren. Beobachter befürchten nun, dass bei den in diesem Jahr anstehenden Wahlen auch die anderen Parteien fremdenfeindliche Ressentiments bedienen werden.

Ex-SS-Mann in Kanada

Die kanadische Regierung will dem deutschstämmigen ehemaligen SS-Mann Michael Seifert (79) die kanadische Staatsbürgerschaft aberkennen, um ihn nach Italien abzuschieben. Dagegen wehrt sich sein Rechtsanwalt Doug Christie, der neuerdings behauptet, dass Seifert seine Frau nicht mehr erkenne. Der in der Ukraine geborene Eisenschmied Seifert war im November 2000 von einem Gericht im italienischen Verona in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Dem jetzigen kanadischen Staatsbürger war vorgeworfen worden, als Wachmann im Polizeilager Bozen gegen Ende des Zweiten Weltkrieges insgesamt 18 Gefangene grausam und mit Vorsatz gefoltert und ermordet zu haben. Das Lager durchliefen etwa 15.000 Kriegsgefangene, Partisanen, Deserteure und Juden auf dem Weg nach Auschwitz und Mauthausen. Im Lager wurde der sadistische Aufseher die „Bestie“ genannt. Von den italienischen Medien werden die Taten von Seifert als noch schrecklicher eingestuft, als die von Erich Priebke, dem SS-Offizier, der 1944 an der Erschießung von 335 Geiseln in Rom beteiligt war. Bislang ist nur ein einziger NS-Verbrecher von Kanada ausgeliefert worden: der frühere SS-Offizier Albert Helmut Rauca. Ein zweiter Kriegskrimineller wurde 1992 ausgewiesen. 3.000 NS-Kriegsverbrecher fanden zwischen 1945 und 1951 in Kanada Zuflucht. In der Waffen-SS-treuen Postille „Der Freiwillige“ wird immer wieder der „Abgang“ von nach Kanada geflüchteten SS-Männern nach „Walhall“ vermeldet.

Sicherstellung

Die Polizei hat bei einem 52-jährigen Invalidenrentner in Traun bei Linz ein Lager mit Kriegsmaterial, verbotenen Waffen und Munition sichergestellt. Entdeckt wurden drei Maschinenpistolen, drei halbautomatische Langwaffen, sechs Karabiner, acht Faustfeuerwaffen, 20 Dolche und Messer, sechs Totschläger aus Leder, zwei Schalldämpfer, ein Wurfstern sowie 25.000 Schuss Munition. Beschlagnahmt wurde auch Nazi-Material wie Fahnen, Urkunden, Broschüren, Bücher, Plakate, CDs und Zeitungen.

Wahlen in Österreich



Der österreichische Innenminister Ernst Strasser (re.)

Aus Blau-Schwarz wird Schwarz-Blau

Einen Erdrutschsieg für die konservative Regierungspartei ÖVP und ein Debakel für die rechtsextreme Regierungspartei FPÖ brachten die vorzeitigen Neuwahlen des österreichischen Nationalrates. In Summe schrumpfte die schwarz-blaue Mehrheit um 1,5 Prozent oder sieben Mandate. Demgegenüber blieb Rot-Grün mit einem Plus von 5,1 Prozent deutlich unter den allgemeinen Erwartungen zurück.

von Heribert Schiedel

Dabei hatte der Wahlkampf mit einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Regierung und Opposition begonnen. Im Finish jedoch griff die (von der großkoalitionären „Neuen Kronen Zeitung" medial begleitete) Gruselpropaganda von einer drohenden Machtübernahme des vaterlands- und gottlosen Marxismus im rot-grünen Gewand. Dass und in welcher Deutlichkeit die ÖVP auf die nationalistisch-autoritäre Karte setzte und dabei die FPÖ noch „überhaiderte", überraschte viele politische BeobachterInnen. Tatsächlich wandelte sich der bis dahin als kalter Techniker der Macht beschriebene Bundeskanzler Schüssel zum weltanschaulich motivierten Repräsentanten der nationalen Wärmestube. Wie Berlusconi, Orban, Aznar und andere personifiziert er heute einen von den Resten des politischen Liberalismus befreiten und nationalistisch aufgeladenen Konservativismus.

In ihrem erfolgreichen Wahlkampf vermochte es die ÖVP, sich als die bessere FPÖ zu verkaufen. Eröffnet wurde das Buhlen um das Ressentiment von Innenminister Strasser, der kurzerhand AsylwerberInnen im laufenden Verfahren aus der Bundesbetreuung auf die Straße setzte. Dann nahm die ÖVP-Wahlpropaganda der hilflos daneben stehenden FPÖ die Agitationsthemen aus der Hand. Insbesondere der „Nationale Schulterschluss" aus den Zeiten der EU-Sanktionen gegenüber der FPÖVP-Koalition wurde neuerlich in Anschlag gegen die rot-grüne Opposition gebracht. SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer wurde in bewährter Haider-Manier als Vaterlandsverräter, der mit den „Feinden Österreichs" Champagner trinke, markiert. Dass mit Finanzminister Karl Heinz Grasser der bei weitem beliebteste österreichische Politiker knapp vor der Wahl von der FPÖ zur ÖVP wechselte, war angesichts der identischen Agitation und Politik nur konsequent.

Der mit dem Vaterland im Mund geführte und ganz auf den Kanzler zugeschnittene Wahlkampf mobilisierte die ÖVP-Klientel fast vollständig. Der Sieg der Konservativen stellt sich auch dar als Sieg der Dörfer über die Städte. Rund die Hälfte der ÖsterreicherInnen lebt in Städten mit bis zu 5.000 EinwohnerInnen, wo die ÖVP im Schnitt 60 Prozent erreichte. Unter der bäuerlichen Bevölkerung stimmten fast 95 Prozent für die ÖVP. Auch unter den Männern und den unter 30-Jährigen ist diese Partei heute führend. Die SPÖ konnte hingegen mit 47 Prozent unter den ArbeiterInnen wieder den ersten Platz einnehmen, während die FPÖ hier von 45 Prozent auf gerade mal 18 Prozent abstürzte und die ÖVP von 12 Prozent auf 34 Prozent zulegte. Von den 850.000 WählerInnen, welchen der FPÖ den Rücken kehrten, wählten diesmal 600.000 ÖVP und nur 135.000 SPÖ. Diese Tatsache relativiert auch das euphemistische Gerede vom „kleinen Mann", der 1999 bloß aus diffusem „Protest" (z. B. gegen Sozialabbau und Korruption) die FPÖ gewählt hätte. Damals wie heute ist seine Wahlentscheidung als weltanschaulich motivierte Zustimmung zu einem konkreten Projekt, der autoritär-nationalistischen Exekution des Neoliberalismus, zu verstehen. Innerhalb dieses Konsenses bewegen sich die „kleine Leute" zwischen Rebellion und Unterwerfung, wobei sie diesmal letzteres wählten.

Auch in der FPÖ wurde den „Knittelfeldern" (der von Burschenschaftern dominierte national-soziale Haider-Anhang, der Anfang September letzten Jahres in Knittelfeld gegen den Kurs der damaligen FPÖ-Spitze putschte) die Schuld am grandiosen Debakel gegeben. Zunächst sah es danach aus, als ob das neoliberale Lager rund um die zurückgetretene Vizekanzlerin und FPÖ-Vorsitzende Riess-Passer nun zum erfolgreichen Gegenschlag ausholen würde. FPÖ-Chef Herbert Haupt reagierte darauf mit dem massenhaften Ausschluss der KritikerInnen, was er einen Tag später jedoch widerrufen musste. Die Begnadigten bliesen daraufhin die angekündigte Gegenrevolte schon im Vorfeld des Sonderparteitages am 8. Dezember letzten Jahres angesichts der dort herrschenden Mehrheitsverhältnisse ab. Die „Knittelfelder" mussten ihren Sieg also nicht teuer erkaufen, einzig ihren Heroen aus Kärnten der nun auch von ihnen angestrebten Regierungsbeteiligung opfern: Haider verkündete einmal mehr seinen „endgültigen Rückzug" aus der Bundespolitik. Die einzige Bedingung der ÖVP für eine Neuauflage der Koalition mit der FPÖ war damit erfüllt, auch wenn alle Beteiligten um die Glaubwürdigkeit dieses Haider-Versprechens wissen. Denn die Agitation gegen die EU-Osterweiterung einschließlich der revanchistisch motivierten Vetodrohung gegenüber der Tschechischen Republik stoppten die Freiheitlichen ohnehin noch am Tag nach der Wahl. Das schon als peinlich zu bezeichnende Betteln der FPÖ-Spitze um eine neuerliche Regierungsbeteiligung hat seinen Grund im Fehlen von Alternativen. Tatsächlich hat die auf ihren national-sozialen Kern geschrumpfte FPÖ in ihrer jetzigen Besetzung keine Überlebenschance auf den Oppositionsbänken. Einzig die Beteiligung an der politischen Macht kann den Zerfall dieser Partei zumindest kurzfristig noch aufhalten. Die Freude darüber sollte sich aber in Grenzen halten, denn der dafür bezahlte Preis ist hoch: die nachhaltige Radikalisierung des österreichischen Konservativismus. Geradezu als Verdeutlichung dieses Befundes erscheinen die Äußerungen eines ÖVP-Lokalpolitikers, der eine Woche nach der Wahl davon sprach, „die Urbevölkerung" vor „stinken(den)" AusländerInnen „schützen" zu müssen und Wohnungen „nach der Volkszugehörigkeit" und nicht der StaatsbürgerInnenschaft vergeben zu wollen.

Märtyrerkonstruktion

„Trauermarsch“ einigt schwedische Naziszene

Im Dezember 2000 wurde der 17-jährige schwedische Neonazi Daniel Wretström bei einer Schlägerei unter alkoholisierten Jugendlichen in dem Stockholmer Vorort Salem getötet. Das Ereignis wurde schnell von neonazistischen Organisationen genutzt, um Jugendliche zu rekrutieren und Einigkeit zu zeigen.

von Anna Diegelmann

Bereits eine Woche danach marschierten 800 skandinavische Neonazis durch Salem - nun, zwei Jahre später, waren es 1.000 aus ganz Nordeuropa.

Aufgerufen hatte vor allem die extrem rechte schwedische Zeitschrift „Info 14“ mit Internetpräsenz, die unter anderem auch die „Gefangenenhilfsorganisation“ „Gula Korset“ (Das gelbe Kreuz) betreibt. „Info 14“ und sein Herausgeber Robert Vesterlund bilden einen Knotenpunkt in der kleinen, aber sehr gewalttätigen schwedischen Naziszene mit guten Kontakten u.a. zu „Blood & Honour Stockholm“. Die Salemdemonstration soll als unpolitischer Schweigemarsch etabliert werden, bei dem weder nazistische Parolen noch Transparente zu sehen sind, um möglichst viele Jugendliche zu mobilisieren. Vor der Demo verteilte „Info 14“ massiv Flugblätter an Stockholmer Schulen, und in der Tat haben unorganisierte Jungskinheads oft ihren ersten Kontakt mit der Szene in Salem. Die Demonstration selbst wurde in gespenstischer Stille als Fackelmarsch zum Todesort Wretströms abgehalten, spätestens dort wurde aber die politische Bedeutung sichtbar. Von schwedischer Seite sprach Tomas Ölund vom „Info 14“, außerdem Björn Björkqvist, der Propagandachef der „Nationalsocialistisk Front“, die sich mit Hakenkreuzfahnen und Uniformen gerne als „klassisch“ nationalsozialistische Partei darstellt. Auch Vertreter der rechtsextremen Partei „Nationaldemokraterna“ sowie von deren Jugendorganisation „Nationaldemokratiskt Ungdom“ sprachen – eine erstaunliche Einigkeit in der ansonsten derzeit zerstrittenen und sich spaltenden schwedischen Naziszene. Aber auch international wurde Einigkeit demonstriert: so war der Deutsche Christian Worch anwesend und durfte sich in einem Redebeitrag vor der fackelbeleuchteten Lebensrune am Gedenkplatz wütend über die antifaschistische Demonstration zeigen. Garreth Hurley von der britischen Zeitschrift „Final Conflict“ trug ebenfalls zum internationalen Kolorit bei.



Aufmarsch schwedischer Neonazis im Jahr 2000

Die Salemdemonstration hat in Schweden lebhafte Debatten ausgelöst, in denen teilweise der rechte Aufmarsch mit dem „Recht zu trauern“ legitimiert wurde. In diesem Jahr gelang es AntifaschistInnen erstmals, den Auftaktort zu blockieren, so dass die Neonazis eine andere Route wählen mussten. Dennoch scheint es ihnen gelungen zu sein, die „Ehre für das Opfer der Multi-Kultur“ zu einem internationalen Jour Fixe zu machen, der einerseits für die Szene motivierend über interne Querelen hinweg wirkt, andererseits auch große Anziehungskraft auf erst anpolitisierte Jugendliche hat.

Solschenizyn antisemitisch

Der russische Literatur-Nobelpreisträger und Autor des „Archipel Gulag“ Alexander Solschenizyn (84) hat den zweiten Band seines als „russisch-jüdische Geschichte“ betitelten Buchs „Zweihundert Jahre gemeinsam...“ fertig gestellt. In diesem Band über die Jahre 1917 bis 1975 ist nach Presseberichten die Rolle der Juden in der kommunistischen Revolution und in der Führung der Sowjetunion Thema.

Der erste Band beschrieb die Jahre 1795 bis 1916 aus Solschenizyns Perspektive und verharmloste den russischen Antisemitismus. Weltweit warfen Kritiker dem nationalistischen Autor vor, Juden eine Mitschuld an ihrer Verfolgung zu geben. Die deutsche Übersetzung war beim „Herbig-Verlag“ erschienen, der auch schon David Irving publizierte. In neofaschistischen Periodika wie „Nation & Europa“ wurde das Buch überschwänglich gelobt.

Urteil wegen NS-Wiederbetätigung

Im Dezember letzten Jahres wurde der 19-jährige Jürgen R. von einem Geschworenengericht am Wiener Jugendgerichtshof wegen NS-Wiederbetätigung zu einer bedingten Haftstrafe verurteilt. Hintergrund dieses Prozesses war ein von Neonazis durchgeführter illegaler Aufmarsch. Dieser fand im April 2002 im Anschluss an eine gegen die Wehrmachtsausstellung organisierte Veranstaltung am Heldenplatz in der Wiener Kärntnerstraße statt. Dabei wurden NS-Parolen skandiert und ein Lied der Neonazi-Skinband „Gestapo“ gegrölt. Alle anderen Verfahren, die gegen weitere Teilnehmer dieser Demonstration eingeleitet wurden, waren im August 2002 eingestellt worden.

R. hatte Zeitungsberichten zufolge enge Kontakte zu dem Szeneaktivisten Peter Tomaschek, der im letzten Jahr mit einschlägigen Internetseiten („Volkstreue Jugend“, „Nationale Jugend“, „Kameradschaft Wien“) in Erscheinung getreten war.

Mörderische Traditionspflege

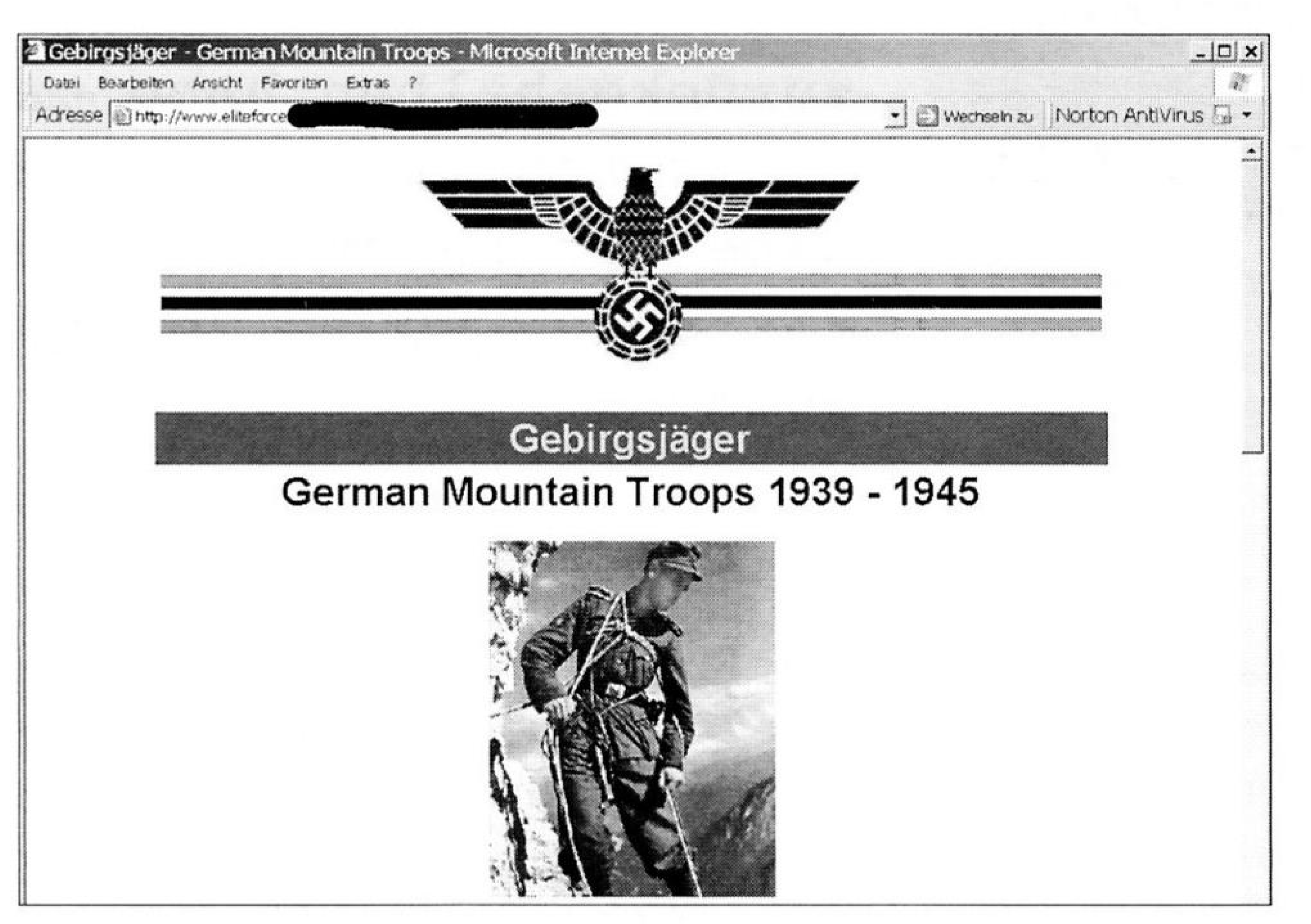
Ermittlungen gegen Gebirgstruppe der Wehrmacht

Jahrzehntelang blieb die juristische Aufarbeitung der Verbrechen der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg fast vollständig aus. Auch die von Einheiten der Gebirgsjäger verübten Kriegsverbrechen sind von der deutschen Justiz nicht geahndet worden. Das könnte sich nun ändern.

von Ulrich Sander

Im „Kameradenkreis Gebirgstruppe", einer der größten Traditionsvereinigungen von Reservisten aus Reichswehr, Wehrmacht und Bundeswehr, konnten sich die nicht verurteilten Täter mit ihren von den Alliierten abgeurteilten Generälen über 50 Jahre ungestört ihrer Traditionspflege hingeben. Die Verbrechen der Gebirgstruppe werden regelmäßig in ihrer Verbandszeitung „Gebirgstruppe" verharmlost und teilweise offensiv geleugnet. Auf ihren jährlichen Pfingsttreffen am Hohen Brendten treten seit Jahren österreichische Veteranen mit Hakenkreuz-Orden auf. Unter den Augen der Bundeswehr, der bayrischen Staatsregierung und des Kameradschaftsmitglieds Edmund Stoiber hat sich eine Organisation etabliert, die Kriegsverbrecher in ihren Reihen duldet, schützt und die Täter in Ehren hält. Stoiber nennt dies „unangreifbare Traditionspflege".

Jetzt kann die Notwendigkeit, bestimmte Veteranen der deutschen Wehrmacht als Kriegsverbrecher und Mörder zu bezeichnen, als gegeben angesehen werden. In den letzten Monaten haben die Gruppe „angreifbare traditionspflege" – so genannt in Umkehrung der Stoiberschen Apologetik – und die VVN-BdA ehemaligen Soldaten persönlich Kriegsverbrechen zugeordnet. Persönliche Erlebnisberichte, etwa in der Zeitschrift „Gebirgstruppe" wurden mit Fahndungsunterlagen, Ermittlungsakten und Geschichtsbüchern abgeglichen. Als die Rechercheure dabei gewonnene Erkenntnisse lautstark auf „Kameradschaftstreffen" vortragen wollten, ernteten sie nicht nur Flüche und Schläge, sondern auch Klagen wegen „Beleidigung" und „Hausfriedensbruchs". Zunächst wurde damit umgegangen wie seit jeher in der Bundesrepublik: Die Kritiker wurden unter Anklage gestellt, die mutmaßlichen Mörder und Täter bekamen den Segen der Regierenden. Als aber jetzt die Gruppe erklärte, das gegen sie angestrengte Verfahren wegen Beleidigung dazu zu nutzen, eine Wiederaufnahme bzw. Neuaufnahme der Ermittlungen gegen die noch lebenden Täter im Kameradenkreis anzuregen und bei den Prozessen in Zusammenarbeit mit Historikern und Angehörigen der getöteten Zivilisten aus Griechenland, Frankreich, Italien und Finnland reichhaltiges Beweismaterial vorzulegen, gaben die Behörden klein bei. Staatsanwälte bekamen den Wink der Staatskanzlei, die Dokumente nicht einfach zu ignorieren, wie es zuvor jahrzehntelang geschehen war.



„Im Epirusgebiet unterstützten sie die Geheime Feldpolizei bei der Deportation der griechischen Juden in Joannina. Und unter dem Deckmäntelchen der <Bandenbekämpfung> ermordeten sie über 1000 Griechen und zerstörten im Epirusgebiet mehr als 100 Dörfer allein im Oktober 1943", hieß es allgemein in einer vorgelegten Dokumentation über die noch lebenden Kommandeure von Kompanien des 98. Regiments der 1. Wehrmachtsgebirgsdivision.

Bei den Untaten waren dabei die 7. Kompanie, die 9. Kompanie, die 2. Kompanie des Gebirgsjägerregiments 98, das sich besonders beim Massenmord in Kommeno in Nordgriechenland mit über 300 Toten hervortat und beim Mord an über 400 italienischen Soldaten auf Kephalonia, beteiligt. Aus diesen Kompanien und Regimentern werden in der Dokumentation 66 mutmaßliche Mörder, die heute noch leben und identifiziert sind, benannt.

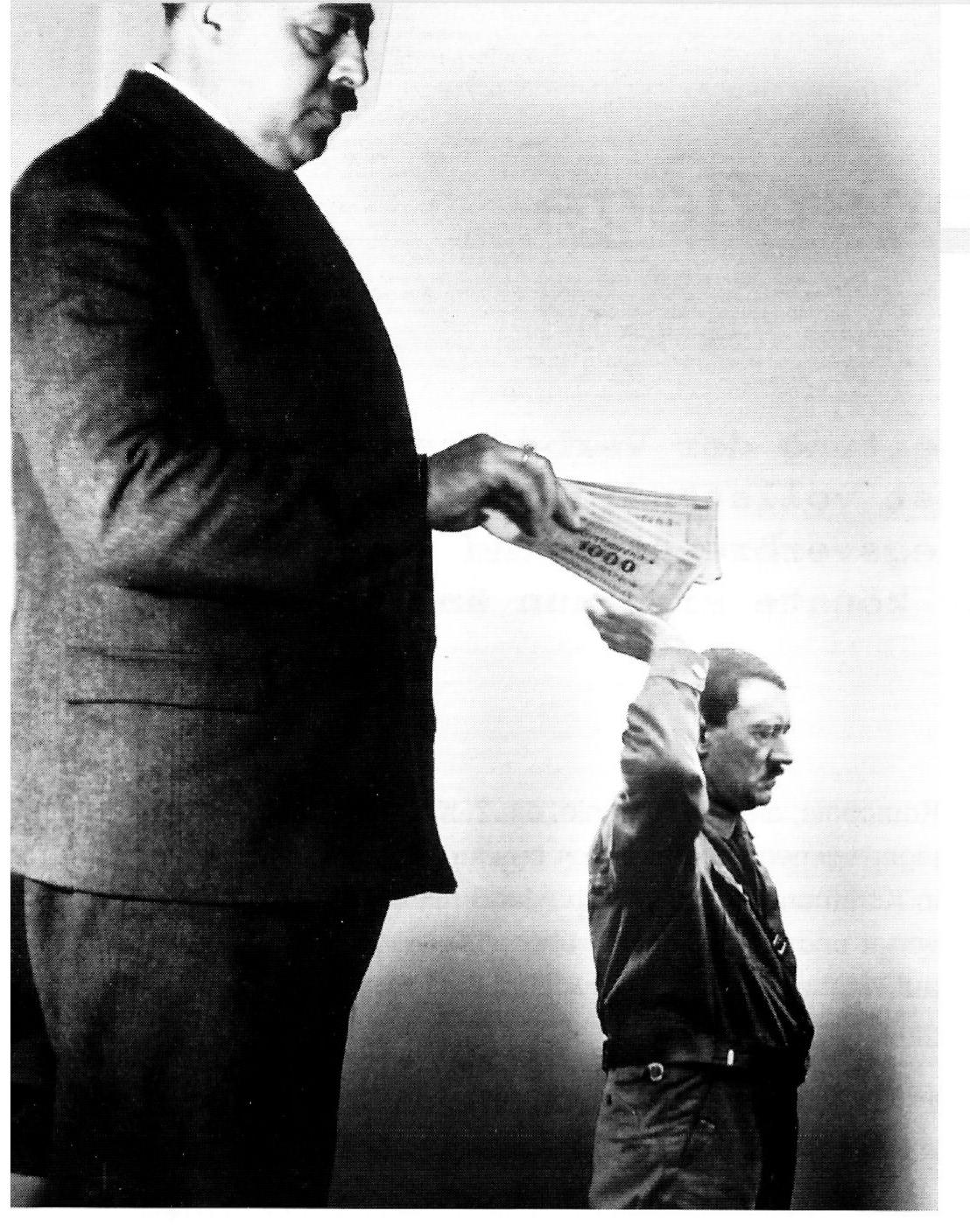
Schließlich wird von „angreifbare traditionspflege" noch die 13. Kompanie des Gebirgsjägerregiments 98 als Mörderkompanie identifiziert. Ihr wird die Zerstörung von Periwoli und die Tötung von 53 Menschen am 25.10.1943 zur Last gelegt.

Die VVN-BdA von Nordrhein-Westfalen war in der Lage, aus den Mitgliedslisten des „Kameradenvereins" und den Überlieferungen der an den Verbrechen beteiligten Wehrmachtseinheiten 71 dringend der Mittäterschaft verdächtige Personen zu benennen, die zu den Teilnehmern der alljährlichen Pfingsttreffen von Mittenwald gehören.

Die Historiker erklärten, an die Adresse der bayerischen Behörden gerichtet: „Brechen Sie endlich aus der Tradition des Kalten Krieges aus, die dazu beitrug, dass über 300 Ermittlungsverfahren gegen die Täter aus den Reihen der Gebirgsjäger der Wehrmacht und SS einfach niedergeschlagen wurden, weil man die alten Wehrmachtskader für die neue Bundeswehr brauchte. Zahlreiche Täter gelangten in höchste Positionen." Verwiesen wurde auf Wehrmachtsoberst Karl-Wilhelm Thilo, der in der Bundeswehr Generalmajor, Kommandeur der 1. Gebirgsdivision und stellvertretender Heeresinspekteur wurde. Als Chef des Stabes der 1. GD unterzeichnete er Massenmordbefehle gegen Jugoslawen und Griechen; und er schrieb mit an Büchern, die in der Bundeswehr kursierten, um den Völkermord zu preisen.

Nach längerem Zögern hat die bayerische Staatskanzlei die Dokumente der Antifaschisten kürzlich der Justiz des Landes übergeben. Die bisher nicht bekannten Tatorte und Tatverdächtigen sowie einzelne Tatgeschehen, die jetzt benannt wurden, sollen nunmehr Gegenstand von Ermittlungen werden.

Somit ist möglich, dass sich nach vielen Jahren des Stillstands noch ein neuer großer Prozess gegen NS-Mörder ergibt - gegen Wehrmachtsangehörige, die an Massenmorden und auch an Judendeportationen teilnahmen.



Der Sinn des Hitlergrusses/Fotomontage John Heartfield (1932)

Kühnste Erwartungen

Der 30. Januar 1933 und die Rolle der deutschen Industrie

Zu den dauerhaften geschichts-politischen Streitpunkten in der Auseinandersetzung um den 30. Januar 1933 gehört die Frage, in welchem Umfang die deutsche Großindustrie und die Bankenvertreter die Machtübertragung unterstützt oder gar voran getrieben haben. Zu den „Verteidigungslinien" der Konzernbetriebe gehört es heute, dass behauptet wird, mit wenigen Ausnahmen sei die NSDAP von der mittelständischen Industrie gefördert worden, während die Großindustrie sich zurückgehalten habe und erst nach der Machtetablierung mit den neuen Herrschern habe arrangieren müssen. Die historischen Fakten sprechen jedoch eine ganz andere Sprache.

von Ulrich Schneider

Der Ort für Hitlers Rede vor dem Düsseldorfer Industrieclub am 26. Januar 1932 war durchaus angemessen für eine Versammlung von fast 500 Industriellen von Rhein und Ruhr - das Düsseldorfer Parkhotel. Ungewöhnlich war nur der Gast des Abends - Adolf Hitler, der Führer jener Partei, die sich als „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" bezeichnete. Noch nie zuvor war ein Vertreter einer tatsächlichen Arbeiterorganisation als Redner vor den Düsseldorfer Industrieclub eingeladen worden. Nun war auf Vermittlung der Großindustriellen Fritz Thyssen und Albert Vögler, Generaldirektor der „Vereinigten Stahlwerke", Hitler als Referent eingeladen worden und „der Andrang der Klub-Mitglieder zum Hitler-Vortrag übersteigt tatsächlich meine kühnsten Erwartungen", beschrieb begeistert Karl Haniel, Aufsichtsratsvorsitzender der „Gutehoffnungshütte", in einem Brief an Gustav Krupp von Bohlen und Halbach die Resonanz. Die Liste der Teilnehmenden ließ keinen Zweifel daran, dass der Gast dieses Abends auf großes Interesse bei den verschiedensten Fraktionen der Industrie und der Banken stieß. Man wollte dessen Vorstellungen eines „Dritten Reiches" und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten im Originalton anhören.

Hitler traf mit seinen Thesen offenbar den richtigen Ton: „Ich sehe zwei Prinzipien, die sich schroff gegenüberstehen: das Prinzip der Demokratie, das überall, wo es sich praktisch auswirkt, das Prinzip der Zerstörung ist. Und das Prinzip der Autorität der Persönlichkeit, das ich als das Leistungsprinzip bezeichnen möchte." Bedroht werde dieses Leistungsprinzip innenpolitisch vor allem durch die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen. Daher vernahmen es die Unternehmen gern, als Hitler verkündete: „Wir haben den unerbittlichen Entschluss gefasst, den Marxismus bis zur letzten Wurzel in Deutschland auszurotten."

Das gemeinsame innere Feindbild verband Redner und Zuhörer: „Heute stehen wir an der Wende des deutschen Schicksals. Nimmt die derzeitige Entwicklung ihren Fortgang, so wird Deutschland eines Tages zwangsläufig im bolschewistischen Chaos landen, wird diese Entwicklung aber abgebrochen, so muss unser Volk in eine Schule eiserner Disziplin genommen und langsam vom Vorurteil beider Lager geheilt werden." Und wenn die Zerrissenheit des Volkes überwunden sei, so Hitler, würde die neue Geschlossenheit auch neue Möglichkeiten „der Welt gegenüber" eröffnen.

So eingeleitet fanden auch Hitlers außenpolitischen Thesen Zustimmung. Er verband dabei Kapitalinteressen mit seinen rassistischen

Verfahren gegen NPÖ-Gründer eingestellt

Nach Angaben der extrem rechten Homepage „Wiener Nachrichten Online" (WNO) wurde ein Verfahren wegen NS-Wiederbetätigung gegen den Gründer der „Nationaldemokratischen Partei Österreichs" (NPÖ), Gregor Maierhofer, von den Staatsanwaltschaften Graz und Eisenstadt mit Genehmigung des Justizministeriums eingestellt. Grund für die Einleitung des Verfahrens war die Verwendung eines Zitats des ehemaligen Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess auf der Homepage der NPÖ.

Die NPÖ wurde im April letzten Jahres gegründet. Öffentlich bekannt wurde sie, nachdem Maierhofer in einer burgenländischen Lokalzeitung eine Anzeige geschaltet hatte. In dieser wurde in Kurzform das Programm der NPÖ vorgestellt und dazu aufgerufen, durch Spenden und Mitgliedschaften die Partei zu unterstützen. Zur gleichen Zeit wurde ihre Existenz auch im Gästebuch der neonazistischen „Kameradschaft Germania" bekannt gegeben: „Organe und Mitglieder herzlich Willkommen!! Auch die Jugend ist Willkommen!! NPÖ und die JN-Junge Nationaldemokraten".

Das Programm der NPÖ ist in vielen Passagen identisch mit dem der „Nationaldemokratischen Partei Deutschland" (NPD), gegen die derzeit vor dem Bundesverfassungsgericht ein Verbotsverfahren anhängig ist.

Vorstellungen, wobei er hier nicht den platten Antisemitismus, sondern die Herrenmenschen-Ideologie ins Zentrum rückte. Hitler: „Die weiße Rasse kann [...] ihre Stellung nur dann praktisch aufrechterhalten, wenn die Verschiedenartigkeit der Lebensstandards in der Welt aufrecht erhalten bleibt." Man könnte auch sagen: wenn die Ausplünderung der abhängig gehaltenen Länder, die Möglichkeit billigste Rohstoffe zu bekommen, erhalten bleibt. Dies war ganz im Sinne der Rohstoffe importierenden Unternehmen. Und auch die Warnung davor, „dass der Bolschewismus nicht nur eine in Deutschland auf einigen Straßen herumtobende Rotte ist, sondern eine Weltanschauung, die im Begriff steht, sich den ganzen asiatischen Kontinent zu unterwerfen, und die heute staatlich fast von unserer Ostgrenze bis nach Wladiwostok reicht", traf auf offene Ohren.

Lebhafter Beifall wurde im Protokoll vermerkt. Man war sich sicher, dass dieser Mann trotz seiner pseudosozialistischen Propaganda ein verlässlicher Sachwalter der eigenen Interessen sein würde. Die Unternehmer honorierten es in den folgenden Monaten mit erheblichen Spendenbeiträgen zur Finanzierung der SA und des Wahlkampfes, wobei die meisten Konzerne weiterhin auch den traditionellen bürgerlichen Kräften Parteispenden überwiesen.

Die Wahlergebnisse vom Juli 1932 schienen dieser Investition Recht zu geben. Die NSDAP wurde vor allem zu Lasten der bürgerlichen Parteien stärkste Fraktion im Reichstag und in Preußen. Während sich industrielle Fürsprecher wie Fritz Thyssen und andere bereits damals für eine Regierungsbeteiligung der faschistischen Partei stark machten, lehnte Adolf Hitler selber eine solche Rolle in der „zweiten Reihe" ab. Er hoffte, bei einer weiteren Destabilisierung und einem erwarteten weiteren Stimmenzuwachs der NSDAP eine triumphale Alleinherrschaft antreten zu können. Doch dieses Kalkül ging nicht auf. Statt Stimmengewinnen musste die NSDAP bei der Novemberwahl 1932 deutliche Verluste hinnehmen, während die KPD deutliche Stimmengewinne verbuchen konnte.

Diese Wahlergebnisse erschreckten alle Kräfte, die die faschistische Bewegung in ihrem politischen Kalkül hatten. Nun begann eine hektische Betriebsamkeit. Eingaben, nun die NSDAP angemessen an der Regierungsmacht zu beteiligen, und politische Erklärungen von Industriellen, Bankiers und Großagrariern gingen an Reichspräsident Paul von Hindenburg. Die Bekannteste ist sicherlich das Schreiben vom 19. November 1932. Die Behauptung, hier hätten nur „subalterne Kräfte" und mittelständische Unternehmen unterzeichnet, ist falsch. Man findet die Unterschrift des ehemaligen Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, von Fritz Thyssen, von August Rosterg aus der chemischen Industrie, von mehreren Hamburger Großreedern und von Großgrundbesitzern sowie weiteren Vertretern von Industrie und Banken.

Um den Erosionsprozess einer so „hoffnungsvollen" Bewegung zu stoppen, starteten diejenigen, die schon in den Vorjahren der NSDAP großzügig finanziell unter die Arme gegriffen hatten, nun eine „Rettungsaktion". Als die Regierung Schleicher trotz aller Tolerierung über keine Mehrheit im Reichstag verfügte, wäre die verfassungsrechtlich gebotene Konsequenz gewesen, den Reichstag erneut aufzulösen und sofortige Neuwahlen anzusetzen. Dies schien jedoch vor dem Hintergrund der Novemberergebnisse politisch gefährlich. Franz von Papen, selbst gescheiterter Reichskanzler und Vertreter der DNVP, unterstützte nun ein Bündnis mit der NSDAP, wobei er und seine Mitstreiter davon ausgingen, die NSDAP in einem solchen Regierungsbündnis „zähmen" zu können.

Über die Verhandlungen zwischen den verschiedenen politischen Fraktionen, die im Haus des Kölner Bankiers Schroeder stattfanden, und die Rolle von Paul von Hindenburg ist viel publiziert worden. Zu den Beweggründen des Reichspräsidenten gehörte sicherlich auch, dass er hoffte, sich durch diese neue Regierungskoalition seiner eigenen Verantwortung im „Osthilfe" - Skandal entziehen zu können. Das Ergebnis ist bekannt: Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt - mit einem Kabinett, in dem nur noch zwei NSDAP-Vertreter Funktionen hatten: Wilhelm Frick als Innenminister und Hermann Göring als Minister ohne Geschäftsbereich. Dennoch war mit diesem Schritt die praktische Machtübertragung vollzogen.



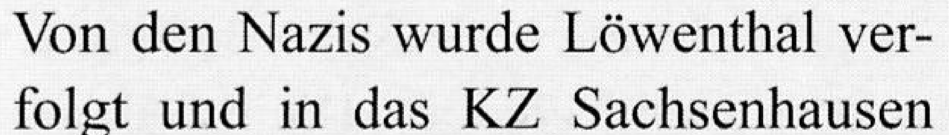
Koch rechtsaußen

Der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) hat mit einem die Shoa relativierenden Vergleich für einen Eklat gesorgt. In einer Landtagsdebatte zur Vermögenssteuer behauptete er, die namentliche Nennung von Millionären durch „ver.di"-Chef Frank Bsirske sei „eine neue Form von Stern an der Brust" und eine „schlimme Parallele zu anderen Zeiten". Später entgegnete Koch, er habe sich in einer aufheizten Debatte „vergaloppiert". Falls Bsirske seine Worte als Vergleich mit dem NS empfinde, entschuldige er sich dafür, lautete Kochs halbherzige Entschuldigung. VertreterInnen der anderen Parteien und des „Zentralrats der Juden in Deutschland" kritisierten Koch scharf und forderten teilweise seinen Rücktritt. Die CDU/FDP-Landtagsmehrheit lehnte eine Missbilligung der Äußerung ab.

Außerdem wurde bekannt, dass Koch das Vorwort eines Sammelbandes rechtsradikaler Autoren geschrieben hat. In dem Buch „Zukunftsmodell. Soziale Marktwirtschaft" finden sich Beiträge des rechtsextremen Politikwissenschaftlers Hans-Helmuth Knütter, des Präsidenten des „Studienzentrums Weikersheim" Klaus Hornung, sowie von „Junge Freiheit"-Autoren wie Arnd Klein-Zirbes und „Criticón"-Autoren wie Stefan Winckler. NGOs, Gewerkschaften und „Antifa-Aktivisten" wie der Hochschullehrer Christoph Butterwegge werden darin diffamiert.

Rechtsaußen-Moderator verstorben

Kurz vor seinem 80. Geburtstag ist der ehemalige ZDF-Magazin-Moderator Gerhard Löwenthal verstorben. Löwenthal hetzte in dem von ihm 1969 geschaffenen „ZDF-Magazin" bis zu seiner - wie er es nannte - „Zwangspensionierung" im Jahre 1987 gegen Kommunismus, die Ostpolitik des SPD-Kanzlers Willy Brandt und die 68-er Studentenbewegung.



Von den Nazis wurde Löwenthal verfolgt und in das KZ Sachsenhausen gesperrt. Dennoch pflegte er in den letzten Jahren Kontakte zu rechtsradikalen Organisationen.

Anton Malloth gestorben

Im letzten „Rundbrief für den Freundeskreis" betrauerte der rechtsextreme Verein „Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte" den Tod des ehemaligen SS-Aufsehers im Konzentrationslager Theresienstadt Anton Malloth. Dieser war nach jahrelangen Ermittlungen 2001 endlich wegen Mordes angeklagt und zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt worden.

Der Südtiroler SS-Führer wurde von der Tochter des Reichsführer-SS Heinrich Himmler, Gudrun Burwitz, in München betreut. Langjähriger Verteidiger von Malloth war der Münchener Rechtsanwalt Klaus Goebel, der auch schon David Irving und Bela Ewald Althans beriet. Die „Stille Hilfe" beklagte nun Malloths Ableben mit den Worten: „Nach schwerer Krankheit endete am 31.10.2002 sein an Verfolgungen reiches Leben".

Zum Zustände kriegen

Seit dem Sommer 2002 wird von nun an einmal im Jahr bis 2011 eine Meinungsumfrage zu Einstellungen und Mentalitäten in der Bundesrepublik durchgeführt werden. Die Ergebnisse der ersten Studie sind in ihrer Deutlichkeit erschreckend.

von Jakob Gräulich

Das ForscherInnenteam vom Bielefelder „Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung“ um den Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer führt dazu eine repräsentative Langzeituntersuchung mit 3.000 BundesbürgerInnen durch. Ziel dieser Untersuchung ist es, Ängste, Einstellungen zu Minderheiten, politisch-soziale Verortungen und Verhaltenstendenzen zu erfassen. Die Ergebnisse fasste „Die Zeit“ mit den Worten „Ausländer raus, Penner von der Straße, Verbrechen härter bestrafen. Und ein bisschen mehr menschliche Wärme, bitte“ zusammen.

Deutlich wird das Ausmaß „menschenfeindlicher Mentalitäten“. Die VerfasserInnen der Studie bezeichnen das diesen zugrunde liegende Syndrom als „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“.

Zu den Ergebnissen:

Insgesamt 80 Prozent der Befragten fordern, dass gegen „Außenseiter“ härter vorgegangen werden müsse; 35 Prozent verlangen, dass Obdachlose aus den Fußgängerzonen vertrieben werden. Law-and-Order-Denken ist weit verbreitet: 88 Prozent sind der Auffassung, dass Straftaten allgemein härter bestraft werden müssten.

Dass Ausländer „in ihre Heimat“ geschickt werden sollten, wenn Arbeitsplätze „knapp werden“, finden 28 Prozent richtig. Und sogar mehr als jede/r Zweite (55 %) ist der Meinung, dass zu viele AusländerInnen in Deutschland lebten – davon bei Frauen sogar 58 Prozent, bei Männern 52.

14 Prozent vertreten die Auffassung, dass es Bevölkerungsschichten gebe, die weniger Wert seien als andere.

Ein verankertes völkisches Nationsverständnis wird daran deutlich, dass 40 Prozent der befragten BundesbürgerInnen „schon immer hier Lebenden“ mehr Rechte gewähren wollen als „später Zugezogenen“.

Auch Homophobie findet sich als Einstellungsmuster bei vielen Deutschen wieder: 33 Prozent finden es „ekelhaft“, wenn sich Homosexuelle küssen und 40 Prozent wollen gleichgeschlechtliche Ehen nicht erlauben.

22 Prozent denken, dass Juden in Deutschland „zu viel Einfluss“ hätten. Erschreckend ist auch, dass jede/r zweite Befragte (52%) das sekundäre antisemitische Vorurteil pflegt, dass viele Juden versuchen würden, aus dem Holocaust Vorteile zu ziehen und „die Deutschen“ für die Vergangenheit zahlen ließen.

Weitere Ergebnisse beziehen sich auf soziale Ängste und persönliche Beziehungsmuster. 74 Prozent beurteilen soziale Beziehungen als immer instabiler, 73 Prozent halten die Suche nach echten Freunden für immer schwieriger. 28 Prozent haben Angst vor Arbeitsplatzverlust und 66 schätzen die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik als „schlecht bis sehr schlecht“ ein.

Die AutorInnen der Studie sehen einen Zusammenhang zwischen der sozialen Verunsicherung der Individuen in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Prozessen und der Abwertung von realen oder vermeintlichen Minderheiten – je weniger die/der Einzelne sich integriert fühle, desto weniger sei er/sie bereit andere als gleichwertig anzuerkennen und somit „anfälliger" für Diskriminierungsverhalten.

Fast alle Bevölkerungsschichten seien für Instrumentalisierungsversuche allgemeiner Ängste anfällig, gerade auch die politischen „Mitte". Die ForscherInnen behaupten, dass nahezu jede/r Fünfte für rechtspopulistische Positionen mobilisierbar sei.

Zu fragen ist, wodurch die „Rückgriffe“ auf menschenfeindliche Verhaltensmuster in gesellschaftlichen Krisensituationen stammen und ob eine politische Kultur, in der „Law-and-Order“-Parolen alltäglich sind, in der ein immer noch auf einer Blutsbasis stehendes Staatsbürgerschaftsrecht eine Integration vieler MigrantInnen ausschliesst und in der das Ressentiment gegen Juden öffentlich von einer „geistigen und politischen Elite“ wie Walser, Möllemann und vielen anderen artikuliert wird, nicht die Bedingung für diese Menschenfeindlichkeit schafft.

Nachzulesen in:

Wilhelm Heitmeyer(Hg.): Deutsche Zustände - Folge 1, Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag 2002, 304 Seiten, 11 Euro.

FPÖ wirbt mit Antisemitismus

Die FPÖ-Ortsgruppe Kaumberg (Niederösterreich) versandte Mitte November letzten Jahres zusammen mit einem mehrseitigen Flugblatt die von der extrem rechten „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik“ (AFP) herausgegebene antisemitische Agitationsschrift „Krisengebiet Nahost“ von Richard Melisch. In der Postwurfsendung wurde einmal mehr von den FPÖ-LokalpolitikerInnen Erika und Leopold Grandl, Bernhard Kulhanek und Christian Hafenecker vor einer „Überfremdung“ gewarnt. Über die beigelegte AFP-Broschüre hieß es: „Ein Augenzeuge der Wirklichkeit bringt Ihnen einen Überblick über Geschichte, Wurzeln und Tatsachen des Konfliktes“.

In der Broschüre ortet Melisch im Nahen Osten „drei Konfliktparteien“, wovon zwei „von außen eingedrungen“ seien: „der global organisierte, politisch und weltwirtschaftlich agierende, territorial nicht fassbare ZIONISMUS“ und die USA. Ihnen gegenüber stünden der „Noch-nicht-Staat Palästina“ und Israels Nachbarstaaten. Auch mit länger zurückliegenden Ereignissen nimmt es Melisch nicht so genau: Im historischen Palästina lebten angeblich nur „fleißige Bewohner muslimischer oder christlicher Religion“. Die Juden und Jüdinnen verortet er zu Beginn des Ersten Weltkrieges woanders, nämlich in New York. Dort fände man „die großen Bankhäuser und Verleiher, die mächtigen Bosse der Börsen“. Juden werden bei ihm auch als „Herren über Kredite und Zinsen“ kenntlich gemacht, die an den „Kriegen zwischen den Weltmächten“ profitierten.

Ebenfalls nicht fehlen darf in der AFP-Broschüre die Nazi-Mär von der „Kriegserklärung der Zionisten an das Deutsche Reich“. Auch die Behauptung, die USA orientierten sich bloß an den Interessen „von nicht greifbaren, interkontinental agierenden Spekulierern und Verleihern, die völkerzerstörend mal hier, mal dort, ganze Volkswirtschaften [...] ruinieren“, ist enthalten. Melisch stört sich am multikulturellen Charakter der USA und behauptet, in Washington lebten auch „fünfundneunzig Prozent Neger“. Zuletzt äußert er: „Wer JA sagt zu dem Freiheitskampf eines George Washington, einer französischen Résistance, eines Mahatma Gandhi, eines Andreas Hofer, muss auch JA sagen zur Hizbollah, zur Fatah, zur Hamas!“

Zwischen Opfermythos und Kriegsverbrechen



60 Jahre nach Stalingrad

Der Kampf um Stalingrad stand im Mittelpunkt der gemeinsamen Feierstunde des Bundestages und des „Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge" zum „Volkstrauertag" am 17. November vergangen Jahres.

Von Christian Grünert

Neben einer Ansprache des Bundestagspräsidenten sollten verlesene Feldpostbriefe einen wesentlichen Teil des Programms bilden. Doch kurz vor der Feierstunde wurde das Programm geändert, da die zur Lesung vorgesehenen Soldatenbriefe in erster Linie den deutschen Opfermythos Stalingrad zum Inhalt hatten und deutsche Kriegsverbrechen verschwiegen. Die zur Lesung vorgesehenen Briefe stammten aus einer Sammlung des Propagandachefs der 6. Armee, Heinz Schröter. Dieser sollte im Auftrag Goebbels ein Buch mit Feldpostbriefen aus Stalingrad zusammenstellen. Doch zu einer Veröffentlichung während des Krieges kommt es nicht mehr. Später wurden die Briefe anonym unter dem Titel „Letzte Briefe aus Stalingrad" herausgegeben. Historiker halten die Briefe für eine Fälschung Schröters. Beim „Volksbund" löste die Programmänderung Unverständnis aus.

Der Schriftsteller Heiner Müller nannte Stalingrad eine „deutsche Obsession" und in der Tat wurde kaum eine Schlacht des Zweiten Weltkrieges so sehr zum Webstoff des Mythos vom deutschen Opfergang wie Stalingrad. Der 60. Jahrestag der Schlacht um die sowjetische Stadt warf schon publizistische Schatten, als dieser zeitlich noch in einiger Entfernung lag. Seit Juni letzten Jahres rief der ehemalige Außenminister Genscher die Hörer des „Deutschlandfunk" (DLF) mit pathetisch beschwörenden Worten in einem Werbetrailer dazu auf, der Redaktion des Senders erhalten gebliebene Feldpostbriefe aus Stalingrad zu überlassen. Diese wurden zur Gestaltung der gleichnamigen Sendereihe verwandt. Bis auf eine Ausnahme referiert die DLF-Produktion ausschließlich Feldpostbriefe deutscher Soldaten aus Stalingrad. Dementsprechend stehen die Nöte und Ängste deutscher Soldaten im Mittelpunkt der Sendereihe. Die Spannbreite der Stimmung unter den Briefschreibern reicht von festem Glauben an die NS-Propaganda über vorsichtige Skepsis bis zu sarkastischen Bemerkungen. Auch verschlüsselte Botschaften an Verwandte über die tatsächliche Lage der 6. Armee fehlen nicht. Die entscheidende Schwäche der Sendereihe ist, das die ausgewählten zitierten Briefe im Wesentlichen nur Facetten des Krieges zeigen, die sich ebenso in ungezählten Memoirenpublikationen finden. Andere Aspekte, wie die subjektive Stellungnahme zu Kriegsverbrechen oder Reflektionen über den sowjetischen Gegner kommen nur am Rande vor. Schuld ist kaum Thema der ausgewählten Briefe. Daher führt der Titel der Sendereihe, „Wie viel Blut hier geflossen ist, kann vor Gott nicht verantwortet werden.", in die Irre. DLF-Programmchef Müchler antwortete auf den Einwand, eine solche Sendereihe könne zur Re-Aktualisierung des Stalingradmythos beitragen, es ginge der Sendereihe darum, einen authentisches Bild vom Schrecken des Krieges zu zeichnen. Um die von Müchler genannte Intention zu verwirklichen, setzt die Sendung fast ausschließlich auf die Wirkung der brieflich vermittelten subjektiven Wahrnehmung des Krieges durch deutsche Soldaten. Die nur durch persönliche Daten der Briefautoren kommentierten Zitate lassen breiten Raum für Interpretationen auch im Sinne einer Selbststilisierung der Soldaten und ihres Kampfes. An entscheidenden Stellen mangelt es der Sendereihe an einer kommentierenden Einordnung der in den Briefen im Subtext reproduzierten ideologischen Bilder vom Krieg gegen die Sowjetunion. Die zitierten Feldpostbriefe sprechen, in der Subjektivität der Autoren politisch unkommentiert stehen gelassen, eben nicht für die deutsche Verantwortung für den Vernichtungskrieg im Osten. Die Schrecken des Kampfes um Stalingrad lassen sich nicht neutral beschreiben. Fehlt es einer solchen Sendereihe am Kontext zu deutschen Kriegszielen und Kriegsverbrechen, so leistet sie zumindest einer problematischen Uneindeutigkeit der Interpretation von Stalingrad Vorschub.

„Karlsruher Freitagsgespräche"

Zumindest vorläufig hat das Treiben der „Karlsruher Freitagsgespräche" im „Haus der Heimat" im badischen Karlsruhe ein Ende. Der Kuratoriumsvorsitzender der „Vertriebenen"-Einrichtung, Günther Rüssel, hat Veranstaltungen dieses obskuren Diskussionsforums bis auf weiteres verboten, da im Hintergrund das Einstellen der öffentlichen Förderung drohte. Zu den Referenten der „Karlsruher Freitagsgespräche" zählen bundesweit bekannte Rechtsextremisten wie Alfred Mechtersheimer („Deutschland-Bewegung") und Hans-Ulrich Kopp („Münchner Burschenschaft Danubia"). Die studentischen und jungakademischen „Karlsruher Freitagsgespräche" setzen sich offenbar aus „LeserInnen von ‚Junger Freiheit' und ‚Criticón' sowie Burschenschaftern und Mitgliedern der ‚Deutschen Hochschulgilde Westmark'" zusammen. Kader der „Karlsruher Freitagsgespräche" sind die CDU-Funktionäre Andreas Gregor Wick und Wolfgang Hanagarth. Das Duo ist zugleich im Karlsruher Vorstand des „Bundes der Vertriebenen" (BdV) aktiv. In Szene-Kreisen soll Hanagarth auch dafür bekannt sein, dass er sich bei ihm unbekannten Kameraden als „Hanagarth wie Handgranate" vorstellt. Kontakte pflegt Hanagarth zu seinem in Bayern arbeitenden Parteifreund Albrecht Jebens. Jebens war Geschäftsführer des „Studienzentrums Weikersheim", das 1979 vom ehemaligen NS-Marinerichter Hans Filbinger gegründet wurde. Betreut wird die Filbinger-Homepage von Hanagarth.

Satanische Faschisten

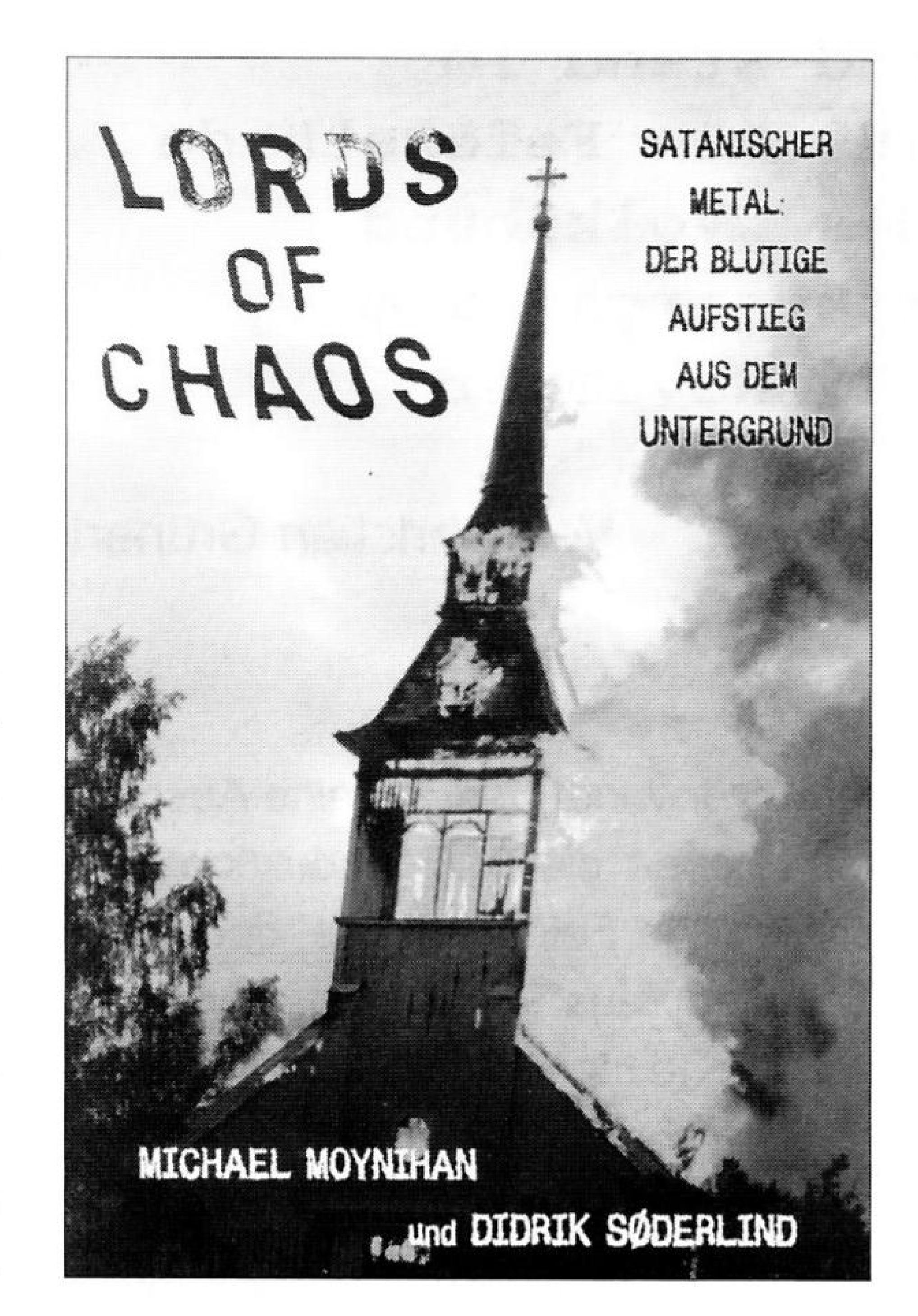
„Lords of Chaos" in deutscher Übersetzung

„Das spannendste Buch seit dem Alten Testament [...] ein neues Musikgeschichtswunderwerk", verkündete die pop-linke deutsche Zeitschrift „Spex" nach dem Erscheinen der US-amerikanischen Erstauflage des Buchs „Lords of Chaos" im Jahr 1998.

von Christian Dornbusch

Im November letzten Jahres erschien nun die deutsche Übersetzung bei „Prophecy Productions". Voll lobender Worte sind die Rezensenten über das Werk in der „tageszeitung", dem „WOM-Magazin" und auch in Szene-Publikationen.

Inhaltlich wenden sich die Autoren Michael Moynihan und Didrik Sonderlind in ihrem Buch „Lords of Chaos. Satanischer Metal: Der blutige Aufstieg aus dem Untergrund" der Entstehungsgeschichte des Black Metal zu. Eingangs verweisen die Autoren kurz auf Rock-Musik in den 1960er und 1970er Jahren, bei der es bereits vereinzelt satanische Inhalte gab, um im Anschluss ebenso kurz die Genese des Black Metal aus dem Heavy Metal in Großbritannien Anfang der 1980er Jahre nachzuzeichnen. Schnell wurde damals die Musik mit dem teuflischen Image Teil des Rock-Business. Unterdessen begannen junge norwegische Bands den Vorbildern von der Insel nachzueifern und verhalfen dem Black Metal zu einer Renaissance. Ihre Variante der Musik war aber sowohl wesentlich härter, als auch musikalisch bewusst primitiver und ihre Texte radikaler. Ihrem satanischen Gebaren folgten Brandstiftungen an Kirchen, Friedhofsschändungen und verschiedene Morde (Vgl. DRR Nr. 60).



„Lords of Chaos" ist aber weder eine Szene-Publikation, die diese Entwicklung porträtiert, noch eine wissenschaftliche Arbeit, die die Entwicklungsgeschichte analysiert. Das Buch ist vielmehr eine (Boulevard-) journalistische Darstellung, der eine spirituelle Fragestellung zu Grunde liegt. Die Mischung ergibt sich aus den Viten der beiden Autoren. Während Sonderlind u.a. für die norwegische Wochenzeitung „Morgenblad" und die norwegische Ausgabe des „Playboy" schrieb, ist Moynihan Kopf der faschistischen Band „Blood Axis" und Autor in einer Vielzahl rechter heidnischer, satanischer und auch neonazistischer Magazine. Bekannt ist er auch als Verleger der gesammelten Flugschriften „Siege" des amerikanischen Nazis James Mason, eines Buches mit den okkulten Lehren des SS-Brigadeführers Karl-Maria Willigut und auch der amerikanischen Übersetzung von „Menschen inmitten von Ruinen" von Julius Evola.

Die beiden Autoren gehen in dem Band vor allem der Frage nach, wie es zu diesem Ausbruch von Gewalt im Black Metal kommen konnte. Dafür greifen sie unter anderem auf die Archetypen-Lehre von C.G. Jung zurück und zeichnen von der Black Metal-Szene das Bild eines aufflammenden Atavismus. Es ist der Wunsch nach Spiritualität, die der menschlichen Psyche angeboren sein soll, so die Autoren. Und so kennzeichnen sie die jungen Fans und Musiker als „Entfremdete" in den heutigen Gesellschaften, deren Gewalt Ausdruck einer wieder erwachten nordisch-heidnischen Götter- und Mythenwelt ist. Erklärungsansätze aus der Jugendpsychologie oder der Soziologie werden geflissentlich außer Acht gelassen. Für die Beweisführung haben sie vielfältige Interviews geführt. Zu Wort kommen vor allem die Täter, während die Opfer bzw. deren Angehörigen nur am Rande das Szenario illustrieren. Die Statements der Täter, allen voran Varg Vikernes von „Burzum", sind dabei teilweise auch offen neonazistisch. Dabei fragt man sich, warum eben solche Täter seitenlang ihre Ideologie ablassen können, während die Autoren, die sich am Anfang des Buches von solchen Aussagen distanzieren, diese Ausführungen nur wenig kritisch reflektierend einfangen bzw. in ihrer Aussage brechen. Suspekt ist vor allem, dass die „Luxusedition" mit dem Buch und der auch einzeln erhältlichen Doppel-CD mit musikalischen Beispielen als besonderem Kaufanreiz mit dem Poster einer brennenden Kirche aufwartet. Die kritische Distanz zum Forschungsobjekt ist hier wohl endgültig auf der Strecke geblieben.

Geholfen haben bei der deutschen Ausgabe im übrigen Stephan Pockrandt („Eis & Licht"), der die deutsche Ausgabe setzte, sowie u. a. Dominik Tischleder und Timo Kölling (Vgl. DRR Nr. 77 und Nr. 64). Gedankt wird auch einigen Neonazis wie z. B. Eric Owens oder Hendrik Möbus. Was bleibt ist ein Buch, in dem die Geschichte des Black Metal unter jenem Blickwinkel abgehandelt wird, den insbesondere Michael Moynihan drin zu finden hoffte: die Wiederkehr einer atavistischen Bewegung.

Thaglasz wird 'U'-Men

Das Label „Thaglasz" von Stefan Rukavina aus Kassel firmiert seit August letzten Jahres unter dem neuen Namen „'U'-Men". Angekündigt ist auf dem neuen Label die Herausgabe eines Box-Sets samt Buch über die 392. deutsch-kroatische Infanterie Division mit dem Titel „Die blaue Division". Aufgestellt wurde die Einheit am 17.08.1943 als dritte kroatische Division, die am Kriegsende nördlich von Fiume in Kriegsgefangenschaft kam. Für den limitierten Tonträger sind u. a. folgende Bands angekündigt: „Von Thronstahl", „Bleiburg", „Werkraum" und „Order of the Werewolf". Daneben wird auch einen weiterer Service angekündigt: „Demnächst: Replikatuniformen aus dem 1. und 2. Weltkrieg nach Wunsch und nach Maß geschneidert".

Möbus angeklagt

Gegen Hendrik Möbus wird erneut von Seiten der Staatsanwaltschaft Erfurt ermittelt. Er wurde u. a. aufgrund des früheren Betriebs der Plattenfirma und des Versands „Darker Than Black" (D.T.B.) wegen Volksverhetzung und Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen angeklagt. Möbus droht dabei eine Höchststrafe von bis zu fünf Jahren, so dass er bis 2010 inhaftiert bliebe. Um ihm eine „wirkungsvolle und professionelle Verteidigung" zukommen zu lassen, ruft Heike Langguth zu Spenden auf. Bekannt ist die Inhaberin des Spendenkontos bei der Sparkasse Burgenlandkreis aufgrund der Herausgabe des Fanzines „Germanenorden" und „Freyja's Germanenorden".

Volksgemeinschaft als Hörerlebnis

Ein Hörbuch zu Ehren Ernst von Salomons

Im Geiste marschieren sie wieder. Mit einem Hörbuch belebt „Vox Libri" zum 100. Geburtstag Ernst von Salomons dessen Botschaft von Kampf und Kameradschaft auf eine ganz exklusive Art wieder.

von Jan Raabe & Christian Grünert

Nicht nur die NPD-Zeitung „Deutsche Stimme" und die „neurechte" Wochenzeitung „Junge Freiheit" schwärmen von der künstlerischen Aufbereitung des Freikorps-Geist. Auch im Dark Wave-Magazin „Black" wird die CD „Ernst von Salomon – Ein preußischer Revolutionär" wohlwollend aufgenommen.

Bei der auditiven Huldigung werden Passagen aus Salomons Roman „Die Geächteten", unterlegt mit Musik und Geräuschkulissen, vorgetragen. Mit dem Projekt will Jirka Buder „einen kleinen Beitrag zu einem kulturellen Gegengewicht zum vorherrschenden Zeitgeist leisten". Die Vertonung des Werkes Salomons, „die von den heutigen Meinungsmachern keine Würdigung erfahren", sei die erste Bemühung, „das klingende Erbe" wieder zu beleben.

Der Geehrte

In dem 1930 erschienenen Roman beschreibt Salomon seinen biographischen Weg vom preußisch-nationalen Kadettenschüler zum antidemokratischen Freikorpskämpfer. Als Angehöriger einer „politischen Generation", die zwischen Weltkrieg und Revolution ihre politische Prägung erfuhr und nicht mehr aktiv an der Front kämpfte, rekurriert Salomons Deutschlandbegriff auf die Ideologisierung des Fronterlebnisses im Sinne des antirepublikanischen, so genannten „neuen Nationalismus" der extremen Rechten der Weimarer Republik.

Salomon erklärt die Fronterfahrung des I. Weltkrieg zur Initialzündung des Aufstandes gegen die liberale bürgerliche Ordnung, der im Kampf der Freikorps seine Fortsetzung finde. In dem Roman träumt er von der deutschen Nation als Schicksalsgemeinschaft. Diesen antibürgerlich und antiliberal determinierten Begriff bringt Salomon gegen die Novemberrevolution und gegen die Republik in Stellung. Mit einer nationalen Schicksalsgemeinschaft sollen jegliche gesellschaftlichen und sozialen Konflikte aufgehoben werden. Die Nation wird als Gemeinschaft, nicht als pluralistische Gesellschaft vorgestellt. Im Fronterlebnis, so die Ideologie in Salomons Umfeld, werden auch die sozialen Schichten aufgelöst. Das Soldatentum - die ideologische Figur des Soldaten - erhebt diese Rechte zur gesellschaftlichen Leitidee, in der sich der Entwurf eines „preußischen Sozialismus" widerspiegelt. Es ist der soldatische Geist und eine nationalistische Aufbruchsstimmung, dessen mit diesem Hörbuch gehuldigt wird. Sei es durch die Dramaturgie des gesprochenen Textes, die Inszenierung der Musik oder der Gestaltung des CD-Booklets, welches Bilder aus der damaligen Zeit mit dem Bild des heroischen Soldaten verbindet.

Ein preußischer Revolutionär
Ernst von Salomon 100

Jirka Buder beim Aufmarsch in Halbe; Oben: CD Cover des Hörbuches

Die Verehrer

Nachdem Buder den Musikern Raymond Plummer und den professionellen Sprecher Thorhall Vargr für das Projekt gewinnen konnte, gelang die Produktion der CD. Buder selbst hat einen langen Weg in der extremen Rechten bzw. der neonazistischen Szene hinter sich, wobei Musik-Projekte ihm schon früh gefielen. Anfang der 1990er Jahre war er im Trommlerzug der FAP St. Augustin Mitglied, zeitgleich marschierte er für die verbotene „Wiking-Jugend", die er Ende 1994 verließ, da ihm diese zu wenig innovativ war. Innovation erwartete er scheinbar von der „Nationalistischen Front", für die er anschließend aktiv war. 1998 tauchte er bei dem „neu-rechten" Kassler „Thule-Seminar" auf, dessen Zeitschrift „Elemente" er illustrierte. Auch musikalisch war Buder zwischenzeitlich nicht untätig. Auf CD-Veröffentlichungen des Liedermachers Frank Rennicke wird seine Beteiligung erwähnt.

Für die musikalische Untermalung des Hörbuches sorgt vor allem Plummer. Seit Jahren agiert er im extrem rechten Spektrum des Dark Waves. Neben diversen Projekten mit Josef Klumb ist dessen Hauptprojekt seine Formation „The Days Of The Trumpet Call".

Weitere Teile der CD sind durch Thorhall Vargr (u.a. von der Band „Sleepers of Agarthie") musikalisch gestaltet worden. Vargr war auch schon auf den beim neofaschistischen Verlag VAWS erschienen Compilations zu Ehren Arno Brekers und Leni Riefenstahls vertreten.

Inzwischen hat sich „Vox Libri" als Projekt, das über ein Postfach in München zu erreichen ist, der Initiative „IdM" (Identität durch Musik) angeschlossen, die versucht mittels Musik und Kultur die Renationalisierung Genre übergreifend voranzutreiben.

Das Hörbuch findet wegen seiner professionellen Produktion eine wohlwollende Rezeption. Aber auch, weil sich nicht gleich sein affirmativer Charakter offenbart. Ob die nationalrevolutionäre Zeitschrift „wir selbst" oder die SS-Veteranen der HIAG, unisono wird die CD gepriesen. Dem „Der Freiwillige" gefällt, das mit dieser „Veröffentlichung eine absolute Neuheit im Umgang mit rechter Publizistik" gefunden worden sei, der „bestens geeignet [wäre], gerade auch jüngere Menschen für anspruchsvolle Literatur zu begeistern".

Derweil verkündet der Herausgeber: „Nachdem der Zuspruch auf die erste Veröffentlichung viel größer als erwartet war, wird Vox Libri sicherlich wieder von sich hören lassen." Als nächste Projekte sind ein Weihnachtsmärchen von Walter Flex und die Vertonung der Geschichte der Landvolkbewegung angekündigt.

Nazis im Weltall

Die Protagonistin wandert zwischen Welten und Zeiten. „Es wird eine lange Reise", weiß die Suchende, und sie muss so manche Verführung und Gefahr in der Fantasywelt bestehen - nach fast zwanzig Jahren hat Christian Worch wieder angefangen, seine utopische Trilogie mit dem Arbeitstitel „Shayin" weiter zu schreiben.

von Andreas Speit

Dies ist nicht die erste literarische Fantasy- und Science Fiction (SF)-Produktion des Hamburger Neonaziführers, der sich sonst um die Ideologisierung der Neonaziszene und die Legalisierung von deren Aktivitäten bemüht. Durch die „Perry-Rhodan-Serie" wurde nach Eigenangaben Mitte der 1960er Jahre bei Worch das Interesse an SF- und Fantasy-Romanen geweckt. Ab Mitte der 1970er Jahre bis Anfang der 1980er war er im „Fandom" aktiv, wo er sich bei der „Aktionsgruppe Science Fiction" (AGSF) engagierte. In der AGSF waren auch weitere Neonazis aktiv, wie bspw. der damalige Herausgeber des Nazifanzines „Werwolf", Ingo Dristram. Über Dristram ließ Worch das von ihm herausgegebene SF-Fanzine „Der Intrigant" verbreiten. Gegenüber „Andromeda", dem literarischen Magazin des „Science Fiction Clubs Deutschland e.V.", erklärte er Mitte der 1990er Jahre, die „Zeit im Fandom" sei für seine „politischen Aktivitäten" hilfreich gewesen, weil er dort das „Know-how über non-professionelle oder semi-professionelle Publizistik" erworbenen habe.

Selbst über edle Helden und finstere Mächte zu schreiben begann Worch 1980 mit der Erzählung „Weltenwanderer", die er während eines Gefängnisaufenthalts verfasste. Weitere Geschichten wie „Das Ich-Problem", in der er sein Alter Ego als „Sir Christian" vorstellt, folgten. Zwar räumte Worch ein, dass sein Vorbild Michael Kühnen gesagt habe: „Schreib' doch völkische Fantasy, mit Fahnen und Symbolen." Doch der Tipp sei nicht sein Motiv gewesen, um von heroischen Lichtgestalten und bestialischen Orks zu fabulieren: „Das ist Hobby."

Nur ganz so unpolitisch sind die von ihm unter Pseudonymen wie Martin Neumann, Friedrich Könningen oder Falk von den Buchen veröffentlichten Geschichten u.a. in „Time Gladiator", „Bärenspeck" und „Ragnarök III" nicht. In einer Fortsetzungsgeschichte entwirft er einen weißen Weltraumhelden, früher Söldner in Südafrika, der die Erde vor einer feindlichen Invasion rettet, und in einer Erzählung beschreibt er die Entwicklung eines Aktivisten zum Terroristen.

Mit dem Sujet des SF- oder Fantasy-Genre, von atavistischen Visionen über autoritäre Gesellschaftsstrukturen bis hin zu biologistisch-spirituellen Geschlechterkonzepten, fabulierten schon andere Rechte von einer faschistoiden Utopie. Bereits völkische Literaten wie Max Haushoffer in „Planetenfeuer" (1899) entwarfen in ihren utopischen Romanen kryptofaschistische Visionen. Für Worch macht vor allem der „Atavismus" den faschistoiden Charakter des Fantasy aus. Doch er selbst möchte seine „wenigen Leser" nur unterhalten.

„Einige typischen Motive des Fantasy, wie in der Science Fiction" können „entweder direkt aus dem faschistischen Lager entlehnt" sein oder „zumindest direkte Bezüge herstellen", erklärt Klaus N. Frick von der „Perry-Rhodan"-Redaktion. Nur ließ sich bisher bei keinem renommierten Autor „eine faschistische Absicht" nachweisen. „Faschistoide Tendenzen allerdings" schon, so Frick in „Andromeda": „Und darüber sollte diskutiert werden".

Halbe Wahrheit

von André Schmidt

Der jüdischen Überlebenden der NS-Verfolgung will die Stadt Stade gedenken. Nur an die deutschen Täter möchte die von CDU und „Wählergemeinschaft Stade" regierte Kreisstadt im Alten Land nicht erinnern.

Im Rahmen der für Mai diesen Jahres in Niedersachsen geplanten jüdischen Kulturwoche wollte die Stadt eine Veranstaltung zu der Israelitischen Gartenbauschule Ahlem bei Hannover anbieten. Denn die 1893 gegründete Einrichtung, erklärte die Kulturdezernentin Andrea Hanke, hätte eine „besondere Bedeutung für die Kibbuz-Bewegung". Nachdem jedoch Peter Meves, Vorsitzender der lokalen „Deutsch-israelischen Gesellschaft" (DIG), betont hatte: „Wenn schon in Stade über die Geschichte der Schule gesprochen werden soll, dann muss auch auf den Werdegang des noch lebenden SS-Mann Gustav Wolters eingegangen werden", kam es zum Eklat. „Natürlich muss die Vergangenheit dargestellt werden", beteuerte Hanke, „aber bei den Tagen soll es vor allem um die zeitgenössische Kultur Israels gehen". Bei der Veranstaltung, meinte indes Meves, „kann doch nicht nur die halbe Wahrheit erzählt werden".

Eine Rückblende: Von 1941 bis 1944 nutzte die Gestapo die Gartenbauschule als Sammellager für die Deportation jüdischer und jüdisch-christlicher Personen in die Vernichtungslager. Bei der Gestapo-Außenstelle war Wolters bis 1945 im Einsatz. Als die amerikanischen Einheiten näher rückten, „säuberte" die Gestapo das Lager von „gefährlichen Elementen". Am 6. April führten sie 154 russische Männer und eine Frau auf den Seelhorster Friedhof. Zu je 25 mussten sie sich an eine Grube stellen, bevor der Befehl „Feuer frei" kam. Nach zweieinhalb Stunden teilte Wolters der Gestapo-Leitung das Ende der Erschießung mit und berichtete, dass ein Mädchen erst nach mehreren Schüssen gestorben sei, was den Schützen irritiert hatte. Ein Gefangener nutze die Situation, schlug den Täter nieder und floh. Im April 1947 verurteilte ein Gericht Wolters zu 13 Jahren Haft. Wegen „guter Führung" wurde er nach dreieinhalb Jahren begnadigt.

Seit 1950 lebt Wolters in seiner Heimatstadt, wo er bis Juni 2002 ein Feinkostgeschäft führte. Neben Edel-Pralinen und feinem Marzipan bot der Familienbetrieb Champagner und Obstbrände an. Bei der Geschäftsaufgabe wollte der Bürgermeister noch vorbeischauen und auch der Bundeskanzler habe ein „persönliches Schreiben" geschickt. Der Lokalpresse erzählt der rüstige 94-Jährige gern, dass er Gerhard Schröder, als dieser noch Ministerpräsident war, in der Fußgängerzone vor seinem Geschäft kennengelernt habe.

Nicht Wolters Vergangenheit empört aber Stadtregierung und Lokalpresse, sondern Meves Vorschlag, ein anderes Thema für die Kulturwoche zu wählen. Obwohl er gerade mit dem Einwand verhindern wollte, dass der „alte Mann Stadtgespräch" wird, wirft man ihm jetzt vor, „Zündstoff" geliefert zu haben. Der Vortrag fällt nun aus.

Zwei Bücher, kein Vergleich

von Martin Mayer

Die wohl wollenden Rezensionen im vergangenen Jahr zu Alice Brauner-Orthens Buch „Die Neue Rechte in Deutschland“ überraschen. Denn in ihrer Doktorarbeit finden sich weder die aktuellen Diskurse der „Neuen Rechten“, noch die momentanen Debatten der Rechtsextremismusforscher wieder. Schon ein erster Blick auf die Quellen der im Jahr 2000 verlegten Studie zeigt dies, denn die Erscheinungsdaten der verwendeten Literatur enden bereits im Jahr 1997.

Dennoch hätte Brauner-Orthen vielleicht durch eine differenzierte Reflexion der Primärliteratur - oder eine kritischere Präsentation der Sekundärquellen - neue Thesen entwickeln können. Doch der zweite Blick verstärkt den ersten. Bei der Darstellung der Programmatik heben sich alleine die Ausführungen zu den antifeministischen Argumentationen und zu den national-ökonomischen Positionen von früheren Reflexionen etwas ab. Die Beschreibung der Organisation und Strategie gibt indes gänzlich die vergangene Analyse wieder. Einschließlich der schon damals falschen Einschätzungen, dass die Junge Freiheit (JF) vor „dem Ruin“ stehe oder das der „Bund freier Bürger“ die neue parteipolitische Hoffnung werde. Die bekannten Studien- und Diskussionszirkel werden indes kaum beachtet.

Weniger Resonanz fand Alexander Ruoffs „Verbiegen, Verdrängen, Beschweigen“. Leider - schließlich analysiert Ruoff nicht nur anhand der JF die Wechselwirkung von politischer Intention und national-geschichtlicher Konstruktion, sondern reflektiert auch die Bedeutung der Vernichtung der europäischen Juden in diesem Legitimationsdiskurs.

Der erste Blick in die Quellen der 2001 verlegten Studie irritiert allerdings, da die Auswertung der JF im Jahr 1995 endet. Aber beim Lesen wird diese Skepsis ausgeräumt, weil durch die Begrenzung des betrachteten Materials und die Eingrenzung der verwendeten terminologischen Instrumente exemplarisch die Instrumentalisierung des Holocaust aufgezeigt wird. Mit der Eingrenzung des Begriffs Geschichtsrevisionismus arbeite Ruoff heraus, dass die JF „historische Fakten nicht leugnet“, aber um deren „politische Interpretation“ streitet. Nicht Neues, wenn nicht dargelegt würde, wie die JF Auschwitz in verschiedenen Segmenten für eine Konstruktion der nationalen Historie, als Identifikationsmatrix, aufgreift. Allein auf „der Ebene der Bedeutungszuschreibung“ bewege sich die JF nach dem Motto: „Wenn es schon nicht möglich ist, von Auschwitz zu schweigen, so soll wenigstens die Erinnerung an Auschwitz der Nation nicht im Wege stehen.“ Ein Exkurs, wie mit der „Erinnerung an Auschwitz“ die Notwendigkeit „militärisch intervenieren“ zu müssen begründet wird, zwingt sich auf und wird auch kritisch aufgegriffen.

Die Walser- und Finkelstein-Debatte in der JF finden durch die zeitliche Begrenzung keine Beachtung. Doch die theoriescharfe Auseinandersetzung hilft, die schon abgelaufenen Diskurse einzuordnen und den noch Folgenden entgegenzutreten.

Alice Brauner-Orthen: Die Neue Rechte in Deutschland, Opladen: Leske und Budrich 2000, 203 Seiten, 18,50 Euro.

Alexander Ruoff: Verbiegen, Verdrängen, Beschweigen. Die Nationalgeschichte der „Jungen Freiheit“, Münster: Unrast-Verlag 2001, 204 Seiten, 14 Euro.

Mirko Heinemann, Alfred Schobert, Claudia Wahjudi: Handbuch Antirassismus – Projekte und Initiativen gegen Rassismus und Antisemitismus in Deutschland, Essen: Kokerei Zollverein 2002, 227 Seiten, 15,- Euro.

Dieses umfangreiche und unverzichtbare Handbuch bietet nicht nur Kontaktadressen und Kurzbeschreibungen von 700 Projekten und Initiativen in der Bundesrepublik, die übersichtlich nach Postleitzahlen sortiert sind, sondern auch kurze einführende Texte und Begriffsdefinitionen zu den Themenfeldern Rassismus und Antisemitismus.

Bruno W. Reimann: Avantgarden des Faschismus. Studentenschaft und schlagende Verbindungen an der Universität Giessen 1918-1937 (2 Bände), Cento Verlag: Frankfurt a.M. 2002.

Gegenstand der Arbeit ist die Analyse der Rolle der Studentenschaft, insbesondere des Korporationswesens bei der Zerstörung der Weimarer Republik. Exemplarisch am Beispiel der Stadt Giessen werden die ideologischen Motive herausgearbeitet und die politischen Vernetzungen offen gelegt, die die Verbindungen zu einem der Wegbereiter des Nationalsozialismus werden ließen. Der zweite Teil der Arbeit ist eine umfangreiche Dokumentenedition zum Thema.

Impressum:
Verlag Der Rechte Rand GbR, Rolandstr.16, 30161 Hannover
Postanschrift: Der Rechte Rand, Postfach 1324, 30013 Hannover
Fax: 0511 / 33 60 221
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de
Druck: Werkdruck Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

RechtsRock

von Stephan Lindke

RechtsRock – Musik verschiedener Stilrichtungen mit extrem rassistischen, antisemitischen und vermehrt offen nationalsozialistischen Texten – gewinnt immer breiteren Einfluss.

Auch wenn das Synonym suggeriert, dass es sich lediglich um ein Musikgenre handelt, zeigen die AutorInnen anschaulich auf, dass es sich beim RechtsRock »weder um ›schlechte Musik‹ noch um ein Jugendproblem [handelt], sondern um die Widerspiegelung gesellschaftlicher Verhältnisse in einer manifesten extremen Kultur«. Getragen wird dieses Netzwerk aus Bands, Konzerten, Fanzines und Demonstrationen in weiten Teilen von dem in der BRD verbotenen kulturpolitischen „Blood&Honour"-Netzwerk, den „Hammerskins" und den „Freien Nationalisten". Diese bilden - so die Herausgeber - »die Schnittmenge zwischen der relativ unverbindlichen Szene und dem organisierten Neonazismus«.

Mit „RechtsRock" liegt nun ein umfangreiches Buch vor, das zu recht im Untertitel die Bezeichnung „Bestandsaufnahme" trägt. Beginnend mit einer einleitenden Übersicht über die Entwicklung des RechtsRock wird in zahlreichen Artikeln detailliert die Szene beschrieben. Weitergehend werden weibliche Organisierungsansätze, Textanalysen von Liedern und Fanzines, die lokale Verankerung sowie die europäische Vernetzung von RechtsRock und die zunehmende Einflussnahme im Dark Wave beschrieben. Abschließend wird der Frage nachgegangen, ob es sich beim RechtsRock um eine Bewegung handelt.

Im zweiten – mit knapp 100 Seiten wesentlich kürzeren – Teil wird auf verschiedene Gegenstrategien eingegangen. Ausgehend von den Erfahrungen des letzten Jahrzehnts plädieren die Autoren für ein zivilgesellschaftliches Engagement, denn »nur Gegenstrategien, die innerhalb der Gesellschaft verankert sind, können eine politische Auseinandersetzung [...] forcieren – ohne dabei jedoch deren gesellschaftlichen Bedingungsverhältnisse auszublenden«.

Kritisch zu hinterfragen ist die Fokussierung auf ein »zivilgesellschaftliches Engagement«, denn dieser Begriff, der immer auch ein staatliches bzw. ein staatstragendes Handeln bedingt, ist zu recht umstritten. In dem Buch wird leider kaum auf nichtstaatliche antifaschistische Initiativen und Projekte eingegangen, obwohl gerade diese sich seit Jahrzehnten aktiv dem Rechtsextremismus entgegen stellen.

Insgesamt zeigt sich, dass RechtsRock ein umfassendes Kompendium zum Thema ist. In Teilen fehlt zwar eine analytische Tiefe, derlei Verortung wird aber punktuell in theoretischen Artikeln und strukturierenden Texten der Herausgeber geleistet.

Gerade die Fülle der sehr gut recherchierten Artikel und das umfangreiche Glossar mit Verzeichnissen von Bands, deutschsprachigen Fanzines und den gebräuchlichsten Codes und Symbolen deuten darauf hin, dass sich RechtsRock zu einem Standardwerk in der Tradition des „Handbuchs Deutscher Rechtsextremismus" entwickeln kann.

Christian Dornbusch / Jan Raabe (Hg.): RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Münster: Unrast 2002, 544 Seiten, 24,- Euro.

Strategischer Irrtum

von Dominik Breitbach

Der belgische Philosoph und Soziologe Jean-Michel Chaumont behauptet in seinem Buch „Die Konkurrenz der Opfer", dass ein regelrechter Kampf um das „knappe Gut" Anerkennung als Opfer des NS zwischen den einzelnen Opfergruppen ausgebrochen sei. Das „Zentrum" der Auseinandersetzung bilde die Debatte um die „absolute Einzigartigkeit" des Holocaust. Dieser Singularitätsanspruch jüdischer NS-Opfer ist nach Chaumonts Meinung unberechtigt und bedeute eine Diskreditierung der anderen Opfer.

Die These der Einzigartigkeit bezeichnet er als für wissenschaftliche Debatten „sinnlos". Sie verhindere die gerechte Verteilung des „knappen Gutes" Anerkennung unter den unzähligen Opfern. Dabei taucht nirgends die Frage auf, warum das „Gut Anerkennung" knapp ist und dass sich dies bspw. in „Entschädigungszahlungen" für NS-Opfer in nur geringen Höhen ausdrückt, um die sich Opfergruppen teilweise streiten müssen. Doch hierbei setzt die Täternation die Anerkennungskriterien.

Viele Behauptungen Chaumonts belegt dieser nicht und sind unstimmig. So liegt er auch juristisch falsch, wenn er unter dem völkerrechtlichen Begriff des „Verbrechens gegen die Menschheit" Holocaust-Opfer und getötete Résistance-Kämpfer subsumiert, denn in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen fielen die Opfer des Holocaust darunter, aber nicht die Partisanen als Kombattanten. Diese galten als Opfer von „Kriegsverbrechen".

Chaumont rekurriert auf Norman G. Finkelstein. Der Debatte um dessen Buch „Holocaust-Industrie" verdanke er überhaupt erst das Erscheinen einer deutschsprachigen Ausgabe seines Buches. Finkelsteins „Empörung" findet Chaumont „beinahe erfrischend". „Der eigentliche strategische Irrtum" der Debatte bestehe laut Chaumont darin, „daß man es der extremen Rechten" überlasse, die von Finkelstein, Peter Novick und ihm gestellten Fragen anzusprechen.

Jean-Michel Chaumont: Die Konkurrenz der Opfer. Genozid, Identität und Anerkennung, Lüneburg: Zu Klampen Verlag 2001, 359 Seiten, 34,- Euro.